

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

68. Sitzung
20. April 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.41 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0299](#)
Widerstandsfähigkeit des Berliner Stromnetzes
erhöhen WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0290](#)
Resilienz des Berliner Stromnetzes und Maßnahmen WiEnBe
zur Abwehr linksextremistischer Anschläge:
Sachstand und Perspektiven
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Anhörung

- c) Antrag der AfD-Fraktion [0285](#)
Drucksache 19/2859 WiEnBe
Schutz der kritischen Strominfrastruktur in Berlin Haupt
sicherstellen – Linksterroristische Strukturen InnSichO(f)
zerschlagen und Anschläge verhindern
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0282](#)
Linksextremistischer Terroranschlag – Wie sichern WiEnBe
wir Berlins Stromnetz?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.01.2026

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0281](#)
Stromausfall in Berlin – Anfälligkeit des WiEnBe
Stromnetzes und notwendige Schlussfolgerungen?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.01.2026

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich Herrn Dr. Groba aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, den Leiter des Referats III A – Energie –, begrüßen, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird.

Dann begrüße ich die Anzuhörenden in alphabetischer Reihenfolge. Wir haben zum Ersten Frau Brigita Jeronic, Leiterin Kommunikation, Politik und Reputationsmanagement der 50Hertz Transmission GmbH. Herzlich willkommen! Dann haben wir zum Zweiten Herrn Dr. Erik Landeck, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stromnetz Berlin GmbH. Auch Ihnen ein Willkommen! Dann begrüßen wir Herrn Johannes Rundfeldt, Gründer und Sprecher der AG KRITIS. Herzlich willkommen! Und schließlich begrüßen wir Herrn Chris Werner, Geschäftsführer der Berliner Stadtwerke GmbH. Auch Ihnen ein Willkommen! Wir finden es gut, dass Sie sich dafür Zeit nehmen und wir die Möglichkeit haben, ausführlich über das Thema zu sprechen. – Wie immer gehe ich davon aus, dass wir ein Wortprotokoll haben wollen. Wird das so gesehen, oder widerspricht dem jemand? – Nein, ich sehe, alle wollen ein Wortprotokoll haben. Dann machen wir das so. – Dann haben wir erst mal die Begründung zu Punkt 2 a. Die CDU fängt an. – Bitte, Herr Kollege Schaal!

Lucas Schaal (CDU): Ja, es ist ein Thema, der 3. Januar und die Folgen des linksextremen Anschlags der Vulkangruppe auf unsere Stadt, mit dem wir uns schon lange beschäftigen, in verschiedenen Kreisen schon beschäftigt haben. Der Senat hat sich damit beschäftigt, die Koalitionsfraktionen haben sich damit beschäftigt. Uns ist es wichtig, dass wir uns hier auch im Ausschuss damit beschäftigen und uns gemeinsam auch an dieser Stelle noch mal vor Augen führen, was wir verbessern müssen, was wir überhaupt verbessern können, um uns resilienter

zu machen, um uns verteidigungsfähiger gegen Anschläge, die terroristischer Natur sind, zu machen, aber natürlich auch gegen Anschläge, die theoretisch gedacht einen internationalen Bezug haben können. Denn man sieht, wie verwundbar Infrastruktur ist und wie dramatisch die Auswirkungen für uns Menschen sind, wenn Infrastruktur in solchen Wetterbedingungen, wie sie am 3. Januar waren, getroffen wird. Insofern bin ich Ihnen allen sehr dankbar, dass Sie da sind und mit uns gemeinsam darüber reden wollen, über das, was noch zu tun ist, über das, was wir in verschiedenen Kreisen schon getan haben, zu denen Sie in unterschiedlichen Konstellationen schon eingeladen waren und wo Sie Ihre Beiträge schon geleistet haben. Ich denke aber, es ist wichtig, dass wir das hier im Wirtschaftsausschuss auch noch mal zusammenführen. Schön, dass Sie da sind! Wir freuen uns auf viele Erkenntnisse.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann begründe ich für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Wir hatten hier schon – das machen wir unter den Punkten 2 d und 2 e hier mit – eine Anhörung zu diesem Thema. Uns würde natürlich vor allem interessieren: Was ist seitdem passiert? Wie ist der Schutz jetzt? – Wir hatten im vertraulich tagenden Beteiligungsausschuss auf Antrag der Linken schon eine Debatte darüber, zu der ich mich geäußert habe, weil ich große Bedenken hatte, dass uns das wieder passieren kann, wenn die Bewachung nicht eine Komplettbewachung ist. Dazu gehört eben nicht nur Videotechnik, sondern auch entsprechendes Sicherheitspersonal durch den Betreiber. Da kann man nicht mit Bestreifung arbeiten, sondern da muss man eine Komplettbewachung machen. Das, was damals passiert ist, ist ein Skandal. Das hat Leute tagelang belastet und auch Firmen schwer geschädigt. Nachher wäre von Senatsseite mal interessant zu hören, was der Senat bisher unternommen hat, um vielleicht noch den einen oder anderen Schaden bei den Firmen zu beseitigen, ob da Dinge angemeldet sind, auch die Frage, was mit den Hotels passiert ist. Ist sichergestellt, dass inzwischen alle, die dort einen Antrag gestellt haben, ihr Geld bekommen haben? – Das ist sicherlich auch ein Punkt, der wichtig ist.

Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, und deshalb sage ich hier „linksterroristischer Anschlag“: Es ist immer schön und einfach, den Feind immer überall woanders zu sehen, meistens ist aber der Feind selber vor Ort, und zwar durch Terroristen, die so etwas betreiben. Das ist auch hier der Fall gewesen. Deshalb ist es wichtig, dass wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dazu wollen wir natürlich von Ihnen als Anzuhörenden hören, was Sie für Vorschläge haben und wie man dagegen vorgehen kann. So etwas, was dort in Zehlendorf passiert ist, darf sich jedenfalls nicht wiederholen. Das hat die Stadt wirklich an die Grenze gebracht. Auch wenn im Nachhinein gut gearbeitet worden ist, ist das ein Punkt, der von zentraler Bedeutung für uns hier in der Stadt ist. – Das war die Begründung der SPD-Fraktion.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Nun fordere ich die AfD-Fraktion auf. – Bitte, Herr Hansel, gleich die Begründung zu den Punkten 2 b und 2 c!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ja! Vielen Dank, Herr Stroedter! – Schön, dass Sie heute wieder da sind! Wir hatten am 12. Januar auch schon die Anhörung dazu. Ich wollte insofern jetzt mal fragen – vielleicht können Sie darauf jeweils insgesamt antworten –: Gibt es jetzt schon dieses verbindliche berlinweite Schutz- und Härtungskonzept für die kritische Strominfrastruktur, so eine Art KRITIS Strom, die insbesondere die Umspannwerke, Kabelbrücken, Netzübergänge, oberirdische Hochspannungsleitungen, Kabelschächte und Transformation umfasst?

Und gibt es schon ein Priorisierungssystem – Sie hatten es, glaube ich, auch angesprochen, Herr Landeck – für besondere Netzknoten und Single-Point-of-Failure-Strukturen, dass die eingeführt werden, sodass Schutzmaßnahmen, also risikobasiert, tatsächlich da, wo sie problematisch sind und nicht symbolisch erfolgen – – Und gibt es schon ein Kontrollsystem, mit dem die Einhaltung der Schutzstandards regelmäßig überprüft und dokumentiert wird? Ich glaube, das ist auch ein Ergebnis, dass wir hier feststellen müssen, dass das umgesetzt werden muss. Das andere ist schon im Wesentlichen gesagt, auch dass ich das nicht wiederholen soll. Insofern, in diese Stoßrichtung würde bei uns der Fragenkatalog dann gehen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Zu den Punkten d und e brauchen wir keine Begründungen, weil das die Auswertung der entsprechenden Anhörung ist. Bevor wir mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden beginnen, hat der Senat in Vertretung durch Herrn Staatssekretär Biel um das Wort gebeten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Auch wir finden es hervorragend und wichtig, dass dieses Thema in der Breite hier auch noch mal mit der Expertise, die vor uns, vor Ihnen sitzt, sozusagen zum Thema gemacht wird. In der Tat war das ein schrecklicher Anschlag auf unser Stromnetz, auf die Daseinsvorsorge mit harter Betroffenheit von vielen Haushalten privater Natur und Gewerbetreibenden. Ich kann Ihnen aber versichern, dass das Stromverteilnetz in Berlin sehr widerstandsfähig ist, insbesondere wenn man den SAIDI-Wert nimmt, den System Average Interruption Duration Index. Sie merken, ich habe mich weitergebildet als Energieexperte. Verglichen mit den bundesrepublikanischen Werten liegt Berlin mit 8,7 Minuten 2024, also Unterbrechung der Versorgung, in einer guten Range. Im Bund sind es 11,65 Minuten. Der Wert für 2025 wird im Oktober durch die BNetzA veröffentlicht. Den kann ich Ihnen heute noch nicht nennen.

Wir haben als Senat sehr schnell reagiert. Es gibt einen Maßnahmenplan, der im Herbst 2025 verabschiedet wurde, zur Stärkung der Resilienz des Berliner Stromnetzes und zur Sicherstellung der Endkundenversorgung bei Stromausfällen. Gesetze sind angefasst worden. Das betrifft einmal das Thema Datenschutz und weitere Rechtsvorschriften und natürlich das Informationsfreiheitsgesetz. In der Tat ist es in der Vergangenheit so gewesen, dass einige neuralgische Fragen und Inhalte im Netz einsehbar, ablesbar gewesen sind. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir warten auf das, was der Bund in Fragen der kritischen Infrastruktur in seiner Strategie auf den Weg bringen wird. Auch das wird ganz wichtig sein, was das Thema Transparenz und Offenlegungspflichten angeht. Und wir haben haushälterische Vorkehrungen getroffen, was das Stromverteilnetz angeht. Im Nachtragshaushalt 2024 sind 300 Millionen Euro an Eigenkapital zur Verfügung gestellt worden, im Doppelhaushalt 2026/27 250 Millionen Euro an Eigenkapital für die BEN, auch das nicht ganz unwichtig für die notwendigen Investitionen.

Derzeit haben wir in den letzten Wochen und Monaten einen starken Fokus darauf gelegt, dass die Abstimmung zwischen den beteiligten Akteuren immer wieder optimiert wird und dass ein dauerhafter Austausch stattfindet. Wir fokussieren uns gerade auf die neuralgischen Punkte im Land Berlin, abgeleitet von diesem Maßnahmenkatalog. Der Vorsitzende hat ja gerade gesagt, dass das im Unterausschuss zur Verfügung gestellt wurde. Am Ende des Tages wird sehr viel dafür getan, dass solche Anschläge nicht möglich sind. Trotzdem gehört zur Wahrheit, dass niemand eine hundertprozentige Sicherheit aussprechen kann, trotz all dieser Maßnahmen. Das gehört zur Wahrheit dazu und muss an dieser Stelle auch einmal gesagt

werden. Es passiert viel, und in Sachen operativer Umsetzung wird sicherlich insbesondere Herr Landeck Ihnen das eine oder andere zurufen, Stichwort Sensorik, Stichwort Videoüberwachung oder Bewachung physischer Art. Auch das ist, wie wir in der Vergangenheit gelernt haben, von größter Bedeutung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann treten wir in die Stellungnahmen der Anzuhörenden ein. Wir haben hier eine eiserne Regel, die heißt: Jeder von Ihnen darf bis zu fünf Minuten sprechen. Machen Sie sich keine Sorgen! Wir haben hier eine Stoppuhr. Sie sehen die, glaube ich, auch. Es werden eine Menge Fragen gestellt werden. Anschließend können Sie die Punkte, die Sie in den fünf Minuten noch nicht untergebracht haben, unterbringen. Ich bitte also, sich an die fünf Minuten zu halten. – Frau Jeronic, Sie können beginnen, bitte sehr!

Brigita Jeronic (50Hertz Transmission GmbH): Herzlichen Dank! – Herr Staatssekretär! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank auch im Namen von 50Hertz, dass wir hier die Sicht eines Übertragungsnetzbetreibers auf die Widerstandsfähigkeit des Berliner Netzes darstellen können! Bevor ich anfangen, mein Name ist Brigita Jeronic, ich leite die Abteilung Politik, Kommunikation und Reputationsmanagement bei 50Hertz und bin auch Mitglied des Krisenstabes und deshalb heute hier.

Für die, die 50Hertz nicht kennen: 50Hertz ist einer von vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland. Wir sind verantwortlich für den Bau und Betrieb des Übertragungsnetzes im Osten Deutschlands, der Metropole Hamburg und der Hauptstadt Berlin, sonst würde ich heute nicht hier sitzen. Das sind also sieben Bundesländer mit insgesamt 18 Millionen Einwohnern. Wir bauen das Höchstspannungsnetz, also das ist die Spannungsebene von 220 bis 525 KV. Das Übertragungsnetz, kann man so sagen, ist das Rückgrat der deutschen Energieversorgung.

Der Brandanschlag in Berlin war per Definition kein klassischer Blackout. Dafür hätte quasi alles schwarz sein müssen. Per Definition war das ein begrenzter, regionaler Stromausfall mit weitreichenden Konsequenzen, wie wir gesehen haben. Das zeigt deutlich, dass wir heutzutage mit einer hybriden Bedrohungslage konfrontiert sind. Auch schon vor dem Brandanschlag hat 50Hertz die Infrastruktur bestmöglich geschützt. Es ist wichtig zu betonen, und ich möchte unterstreichen, was der Herr Staatssekretär gesagt hat: Ja, das Übertragungsnetz ist besonders schützenswert, aber hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben. Das ist eine Illusion. Das ist etwas, auf das wir uns vorbereiten müssen, dass so etwas wieder vorkommen kann. Wenn wir uns die Bedrohungslage in ganz Europa angucken: Letzte Woche wurden in Italien Stahlmaste abgesägt, und zwar bewusst, ohne dass quasi ein großer Stromausfall daraus geworden wäre. Wir sehen es fast täglich in ganz Europa, dass das vermehrt vorkommt.

Der Vorfall in Berlin war für uns als Übertragungsnetzbetreiber auch deshalb so relevant, weil hier gleichzeitig mehrere Leitungen betroffen waren. Das geht über die klassischen N-1-Annahmen hinaus. Es war ein gezielter und strategischer Angriff und nicht mit einem Defekt an einer technischen Anlage zu vergleichen. Ich möchte auch für das Übertragungsnetz betonen, was eben über das Verteilnetz gesagt wurde: Die Stromversorgung für Berlin ist n-1-gesichert. Das heißt nicht, dass Anschläge wie dieser hier auch auf das Übertragungsnetz nicht zu weitreichenden Konsequenzen führen können.

Wir müssen dafür mehrere Punkte beachten, um das zu schützen und weiterzugehen – erstens: Wir müssen Schutz und Resilienz weiter stärken. Das tun wir permanent. Das ist jetzt nichts, was wir nur jetzt tun, sondern das ist eine Aufgabe, die ständig weiterverfolgt werden muss. Wir sehen das häufig in politischen Diskussionen, dass eben Diskussionen aufploppen und dann nach einem halben Jahr wieder weg sind. Das darf hier nicht passieren. Wir schützen unsere Anlagen, seien es Punktanlagen wie Umspannwerke, Schaltanlagen und Leitstellen, aber eben auch Freileitungen und Erdkabel.

Zweitens: Wir brauchen bei solchen Lagen dringend ein gemeinsames Lagebild. Wir brauchen schnellere Abstimmungen und vor allem schnellere Entscheidungen. Zu den Entscheidungen würde ich gerne später noch etwas sagen. Melden allein reicht nicht, wichtig ist eine echte Lagepartnerschaft mit Behörden und Sicherheitsstellen, also klare Rollen, feste Ansprechpersonen und ein Austausch in beide Richtungen, der funktioniert. Wir üben vor allen Dingen, und ich glaube, das ist etwas, was ganz wichtig ist. Wir können gemeinsam sehr viel aufs Papier bringen, aber wir müssen die Sachen üben, damit sie dann in der Praxis auch wirklich funktionieren. Da gibt es viele Fragestellungen, die vielleicht auf dem Papier nicht da sind, die wir uns aber trotzdem vorstellen und gemeinsam beantworten müssen.

Eine zentrale Herausforderung ist hierbei die föderale Struktur. Berlin kann nicht ohne Brandenburg gedacht werden. Wenn im Übertragungsnetz in Brandenburg an einem neuralgischen Punkt etwas passiert, betrifft das auch Berlin, das heißt, die Koordination zwischen Berlin und Brandenburg muss gestärkt werden.

Zuletzt möchte ich noch betonen: Die Zusammenarbeit mit der Berliner Politik und Verwaltung ist aus unserer Sicht gut und konstruktiv. Wir merken, dass dort verstanden wird, wie wichtig Sicherheit für Berlin und wie wichtig der Netzausbau ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann machen wir mit Herrn Dr. Landeck weiter.

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Abgeordnetenhauses! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich zum zweiten Mal hier in diesem Ausschuss zu dem Thema Resilienz berichten darf. Es ist mir auch ein großes Anliegen, dazu so viel zu erzählen, wie es eben unter Sicherheitsaspekten notwendig und möglich ist, weil Resilienz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, und als solche möchte ich sie auch gerne begreifen.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich, wie Frau Jeroncic gerade gesagt hat, massiv geändert. In der Vergangenheit waren klassische Risiken technische Fehler oder Witterungsereignisse. Darauf waren die Netze gut vorbereitet. Dafür ist auch das N-1-Prinzip gedacht und erfunden worden. Wir sehen nun eine wachsende Bedrohung der kritischen Infrastruktur durch andere Angriffsformen, sowohl physisch als auch digital. Diese Realität betrifft übrigens nicht nur die KRITIS-Unternehmen, sondern auch ganz normale, andere Unternehmen und Privatpersonen. Die Stromnetz Berlin GmbH hat daher bereits vor dem Brandanschlag im September ihre präventiven zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen verstärkt, beispielsweise durch Havariekonzepte oder Ausrüsten von Netzknoten und Umspannwerken, die wir als besonders neuralgisch und kritisch erachtet haben, mit Videotechnik. Wir haben diese Maßnahmen nach dem ersten Brandanschlag verstärkt.

Nach dem zweiten Brandanschlag im Januar haben wir nicht nur in Berlin, sondern in Deutschland einen Paradigmenwechsel erlebt. Alle Netzbetreiber in Deutschland haben ihre Maßnahmen nach dem Ereignis im Januar komplett auf den Prüfstand gestellt und neue Ideen entwickelt, wie ihre Infrastruktur zu schützen ist. Das hat Berlin auch gemacht. Wir haben alle unsere neuralgischen Punkte aufgrund der neuen Sicherheitsrahmenbedingungen erneut bewertet und sind zu neuen Schlüssen gekommen, was zu machen ist. Insbesondere haben wir viel mit Ad-hoc-Maßnahmen gearbeitet, das heißt, innerhalb von 24 Stunden wirksam. So schnelle Reaktionsfähigkeit gab es bei Netzbetreibern in der Vergangenheit nicht. Dort geht es, Herr Vorsitzender, im Wesentlichen um Bewachung. Eine Ad-hoc-Maßnahme ist im Wesentlichen eine Überwachungsmaßnahme, die dann vor Ort mit Personal durchgeführt werden muss. Wir haben diese Maßnahmen, Bewachung sowohl durch Sicherheitspersonal als auch durch Video, in dem letzten Jahr um den Faktor fünf vergrößert. Allein das zeigt schon, was dort an zusätzlichen Aufwendungen erforderlich ist.

Was sind nun die Bausteine der Resilienz? – Ich möchte gerne drei dazu benennen, die mir besonders wichtig erscheinen. Der erste Baustein ist das Thema Sicherheit und Schutzmaßnahmen, also technische Resilienz einbauen, redundante Leitungsführungen, Detektion, aber auch Intervention, wenn etwas detektiert worden ist. Dazu zählen resiliente Kabelverlegungen und systematische Schwachstellenanalysen. Beispielsweise haben wir, wie eben erwähnt, mittlerweile alle unsere Umspannwerke und Netzknoten mit Videotechnik ausgestattet, aber nicht nur mit Videotechnik, sondern sobald dort etwas gesehen wird, sind entsprechend schnelle Interventionstruppen vor Ort und können dann verhindern, dass Weiteres und Schlimmeres passieren kann.

Wir stellen aber auch fest, dass die Zaunanlagen, die bisher da sind, für diese Fragen der Vorgehensweise nicht geeignet sind. Sie sind noch zu leicht zu überwinden. Wir werden also höhere Zäune brauchen. Damit das schnell geht, bauen wir Interimszäune, das heißt, in der Zaunanlage selbst noch mal einen weiteren Zaun, der höher und schwerer zu überwinden ist. Damit werden wir bis Juni fertig werden. Nur um eine Größenordnung zu nennen: Das sind über 20 Kilometer Zaunanlagen, die dort gebaut werden müssen. Die werden dann in den nächsten Jahren durch feste Zäune mit entsprechender Detektion ersetzt, die die Annäherung an den Zaun und das Übersteigen des Zauns frühzeitig meldet, sodass immer dann Reaktionsmöglichkeiten da sind. – Das ist das Thema Sicherheit und Schutzmaßnahmen.

Der zweite Baustein ist die Frage: Wie schnell ist man in der Krisenbewältigung und in der Handhabung der Krise selbst? Das heißt, wir brauchen vorbereitete und vernetzte Krisenstäbe, regelmäßige Krisenübungen und, was wir aus der Situation im Januar gelernt haben, mehr Netzersatzanlagen, die uns hervorragend geholfen haben, schneller wieder zu versorgen. Auch da werden wir in Zukunft mit einem neuen Konzept unterwegs sein.

Der dritte Punkt ist die Resilienz von Wirtschaft und Bevölkerung. Resilienz hört nicht an den Grenzen der Infrastruktur auf, sondern wir müssen sie breiter denken: Wie können sich Bevölkerung und Unternehmen darauf vorbereiten, dass etwas passiert? Dazu werden wir als Stromnetz Berlin GmbH unseren Beitrag leisten. Wir bereiten gerade eine Informations- und Kundenkampagne vor, wo wir mit Webinaren, Infowebsite, Infovideos, Vorortbesuchen bei Kunden, aber auch mit physischen Kundenveranstaltungen unsere Kundinnen und Kunden darüber informieren, was sie auch tun können, um ihre eigene Resilienz zu steigern, weil, und das ist die wichtige Zusammenfassung, Resilienz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, die wir nur

gemeinschaftlich mit Behörden, Unternehmen und der Bevölkerung organisieren können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr, Herr Dr. Landeck! – Dann machen wir weiter mit Herrn Rundfeldt. – Bitte!

Johannes Rundfeldt (AG KRITIS): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Einladung! Ich darf mich kurz vorstellen, mein Name ist Johannes Rundfeldt, ich bin Sprecher und Gründer der AG KRITIS. Wir sind eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe von etwa 23 Fachleuten, die sich tagtäglich beruflich mit der Sicherheit von KRITIS befassen. Wir sind vollständig unabhängig von Staat und Wirtschaft. Unser einziges Ziel ist die Steigerung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung. In dem Sinne habe ich mir auch heute für Sie bei meinem Arbeitgeber freigenommen, um Ihnen hier Rede und Antwort zu stehen.

Zum Thema der Überwachung mache ich es kurz: Kameras können Vorfälle nicht verhindern. Auch Zäune mit intelligenten Drähten, die Annäherung detektieren, können nichts verhindern. Sie können eventuell die Reaktionsgeschwindigkeit der zuständigen Personen beschleunigen. Entsprechend sind solche Maßnahmen vielleicht zweiten oder dritten Grades relevant und wirksam, aber ersten Grades hat das mit der Versorgungssicherheit an sich erst mal wenig zu tun. Zur Wirksamkeit von Videoüberwachung muss ich auch noch sagen: Wenn man als Saboteur vorhat, ein Stadtviertel lahmzulegen, dann wird eine Kamera nicht davon abhalten. Kameras können vielleicht Bagatelldelikte ein bisschen durch Abschreckung verhindern, aber eben nicht, wenn das Vorhaben so hochkriminell ist wie das Vorhaben der Saboteure im Januar.

Darüber hinaus ist es auch nicht hilfreich, wenn man jetzt so tut, als würde das Umspannwerk unsichtbar werden, weil das Schild, das auf die Kamera hinweist, nicht mehr da hängen muss. Jeder, der durch die Stadt geht, kann ein Umspannwerk, kann einen Teil der neuralgischen Punkte, auf die Herr Landeck Bezug genommen hat, direkt mit eigenen Augen sehen; wenn man E-Technik studiert hat, erst recht. Diese Sichtbarkeit kann man auch nicht verhindern, auch nicht durch Fantasien und Einschränkungen des IFG, wie sie durch einen anderen Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz beschlossen worden sind. Das ist nicht geeignet, denn die Gründe zur Ablehnung haben wir zwischen den Behörden bereits, wenn etwas zu sensibel sei. Auf der anderen Seite sorgt die pauschale Ausnahme auch für einen Mangel an Transparenz Ihrer eigenen Arbeit. Als demokratisch gewählte Vertreter sollte Ihnen daran liegen, Transparenz möglichst hochzuhalten.

Zu den verschiedenen Anträgen möchte ich festhalten: Es kann nicht um die politische Herkunft der Saboteure gehen. Erstens ist diese weiterhin unbelegt. Der Generalstaatsanwalt ist weiterhin am Ermitteln. Es ist unklar, ob es links- oder rechtsextrem war. Es gab so viele Bekennerschreiben, dass nicht mal die Senatorin am Ende noch die genaue Anzahl in einer Talkshow nennen konnte, in der ich auch Gast war. Das hilft nicht. Die häufigste Bedrohung ist auch nicht Sabotage, sondern Naturereignisse und vor allen Dingen wohlmeinende Tiefbauer. Die häufigsten Ursachen für Stromausfälle – – Wir haben es gestern wieder in Steglitz gesehen, da gab es einen kurzen Ausfall, etwa zwei Stunden. Die Stromnetz Berlin GmbH hat vorbildlich reagiert und das schnellstmöglich behoben. Hier war mutmaßlich eine Undichtigkeit entstanden, und die anhaltenden Regenfälle haben für einen kurzen Ausfall gesorgt. Also

auch hier ein unpolitisches Naturereignis. Die Maßnahmen, die Sie ergreifen sollten, sollten solche sein, die sowohl die Saboteure demotivieren als auch vor Naturereignissen und dem wohlmeinenden Tiefbauer mit seinem Bagger schützen, denn diese verursachen deutlich mehr Störungen und Ausfälle als Saboteure in Deutschland.

Das N-1-Prinzip, und das ist vielleicht die wichtigste Botschaft, die ich heute für Sie habe, ist wichtig. Das müssen wir aufrechterhalten. An neuralgischen Punkten müssten wir uns die Frage stellen, ob es nicht n-2 sein sollte. Vor allen Dingen, darauf möchte ich meinen Fokus legen, brauchen wir Georedundanz statt Redundanz. Die Vorfälle in Grünheide und Steglitz-Zehlendorf haben gezeigt, dass dort das N-1-Prinzip eingehalten war. Da gab es die zweite Leitung, aber diese war baulich direkt neben der ersten verbaut. Wenn dazwischen ein paar Meter Platz gewesen wären, wären beide Vorfälle nicht zum Versorgungsausfall geworden. Die Störung kann man nicht verhindern. Das ist richtig. Und in diesem Sinne gibt es auch keine hundertprozentige Sicherheit. Aber was wir tun können, ist, den Versorgungsausfall, der aus der Störung resultiert, durch eine intelligente Nutzungsarchitektur zu verhindern.

Die Stromnetz Berlin GmbH hat sich letztes Jahr damit zitieren lassen, dass die Kapazitäten in Berlin aufgrund der E-Mobilität, der Wärmewende und der Digitalisierung etwa in den nächsten zehn Jahren verdoppelt werden müssen. Das ist eine große Chance, die wir jetzt nutzen sollten, um gestalterisch tätig zu werden, bei all diesen Baumaßnahmen das Prinzip der Georedundanz statt Redundanz umzusetzen und an neuralgischen Punkten besonders N-2-Diskussionen zu führen. Obendrein: Wenn wir eh bauen müssen, dann können wir auch ein paar Dinge einhausen, ein paar Dinge unterirdisch verlegen und die neuralgischen Punkte, die bekannt, aber eingestuft sind, entschärfen. Das schützt nicht nur vor Sabotage, sondern auch vor wohlmeinenden Tiefbauern mit ihrem Bagger und vor Naturereignissen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann zum Abschluss Herr Werner, bitte!

Chris Werner (Berliner Stadtwerke GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind als Berliner Stadtwerke ja kein Netzbetreiber, sondern Stromlieferant und vor allem beim Ausbau der erneuerbaren Energien aktiv. Insofern wurde jetzt schon viel über die technischen Aspekte von Resilienz in der Stromversorgung gesagt. So möchte ich heute den Blick mal ein bisschen größer fassen und insgesamt die Versorgung mit Strom betrachten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Als Allererstes habe ich den Überblick mitgebracht, wie sich der Stromverbrauch in den nächsten Jahren insgesamt entwickeln wird. Der wird natürlich deutlich ansteigen. Wir kommen so von 590, 610 Terrawattstunden Stromverbrauch im letzten Jahr. Mit dem Ausbau der E-Mobilität, der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung hin zu Wärmepumpen und Geothermie, mit grünem Wasserstoff, der erzeugt werden möchte, und dem Ausbau von Datenzentren wird Strom noch mehr als bisher zur zentralen Energieform. Insofern wird die Frage einer sicheren und resilienten Stromversorgung noch systemkritischer, als wir bereits in diesem Jahr gesehen haben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gerade haben wir schon einiges über die technischen Aspekte gehört, und die sind natürlich, wenn wir über die Sicherheit der Stromversorgung reden, von besonderer Bedeutung. Wenn wir das, wie eingangs gesagt, ein bisschen weiter fassen, dann hat das aus unserer Sicht noch weitere Aspekte, und ich möchte das hier mal darstellen. Aus unserer Sicht ist eine resiliente Stromversorgung in zwei wesentliche Aspekte aufzuteilen, einmal den technischen Aspekt der technischen Stabilität, Netzstabilität, Redundanz, auf die jetzt schon eingegangen wurde, Schwarzstartfähigkeit, Schutz der kritischen Infrastruktur vor physischen Angriffen, aber auch vor Cyberangriffen und wie sehr dann im Notfall mit Krisenmanagement agiert oder eine Interimsversorgung bereitgestellt werden kann. Das sind genau die Punkte, wo die Kollegen von der Stromnetz Berlin GmbH, auch von 50Hertz aktiv sind und uns hier ein, wie auch schon erwähnt wurde, äußerst sicheres und stabiles Stromnetz zur Verfügung stellen.

Aber eine resiliente Stromversorgung hat auch noch weitere Aspekte, nämlich die einer von Importabhängigkeit unabhängigen Brennstoff- oder Energieversorgung. Wir sehen in diesen Tagen und Wochen wieder, wie abhängig unsere Stromversorgung von geopolitischen Effekten ist. Zu einer sicheren Versorgung gehört aber auch eine ökonomische, nicht nur eine technische Resilienz, also die Frage, wie stabil Preise sein können. Auch dieses sehen wir in den letzten Wochen, wie sehr das die Stromversorgung und damit am Ende auch die Bevölkerung und die Wirtschaft beeinflussen kann. Und wir haben die Frage, wie sehr wir durch eine gesamtsystemische Betrachtung auch hier mit dezentraler Erzeugung oder Flexibilität zu einer noch weiter gefassten Sicherheit und Resilienz der Stromversorgung beitragen können. Genau das sind die Punkte, in denen wir als Berliner Stadtwerke ganz besonders aktiv sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich gehe kurz darauf ein, was wir ganz genau machen. Wir sind in der dezentralen Erzeugung aktiv und bauen die dezentrale Erzeugung massiv aus, mit unseren PV-Anlagen auf den Dächern, mit Windanlagen in Brandenburg, aber auch mit der Ladeinfrastruktur. Da wird ja auch am Ende Mobilität, wenn wir den Blick auf die vier Tankstellen wagen, immer mehr zum Punkt, wo Strom zur Anwendung kommt, und so kann am Ende auch ein Aspekt von Mobilität mit der stabilen und resilienten Stromversorgung in Verbindung gebracht werden. Die dezentrale Erzeugung trägt am Ende auch dazu bei, dass wir die Resilienz stärken und uns gegen Angriffe schützen. Warum? – Weil nicht ein zentrales Kraftwerk angegriffen werden kann, sondern viele Hunderte oder gar Tausende verteilte dezentrale Kraftwerke, und die sind natürlich im Zweifelsfall deutlich schwieriger anzugreifen, als es bei einem zentralen neuralgischen Punkt der Fall ist.

Mit dem Ausbau der dezentralen Erzeugung tragen wir auch zur Entlastung von Netzen bei, indem Strom vor allem am Ort des Verbrauchers erzeugt wird und allein dadurch eine geringere Netzkapazität vorgehalten werden muss, die dann am Ende auch weniger angreifbar ist. Mit dem, was wir machen, mit den erneuerbaren Energien tragen wir dazu bei, dass Preissicherheit gewährt ist, wir krisenfeste, stabile und kalkulierbare Strompreise für lange Fristen haben und damit unsere Abhängigkeit von globalen Märkten reduzieren. Ich möchte mal ein Beispiel nennen. Wir haben jetzt den Preisanstieg beim Gas, aber auch beim Strom gesehen. Der Strompreis ist seit dem Beginn des Irankonflikts um über 30 Prozent angestiegen. Allein wenn wir uns mal das Land Berlin anschauen, das heißt, das Land Berlin selbst, aber auch die Landeseinrichtungen, Landesunternehmen mit ihrem Stromverbrauch, hätte dieser Preisanstieg der letzten Wochen eine Auswirkung von etwa 100 Millionen Euro in den nächsten vier

Jahren, also auch eine relevante Größe für den Haushalt. Hier sind wir auch aktiv, liefern Strom aus unseren eigenen Anlagen und tragen damit dazu bei, dass zum Beispiel gerade in diesem Moment 25 Prozent des Stroms, den wir an das Land Berlin und Landesunternehmen liefern, in der Region mit stabilen Preisen erzeugt wird, also auch da ein Beitrag zur Resilienz geleistet wird. Natürlich halten wir auch Wertschöpfung hier, genau mit dem, was ich gerade erläutert habe, mit den 25 Prozent sind es 50 Millionen Euro an Wertschöpfung, die in der Region verbleiben, damit private und öffentliche Haushalte entlasten und Wirtschaftskraft hier in der Region halten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was machen wir weiterhin? – Als letzter Punkt: Wir bauen natürlich weiter die dezentrale Erzeugung auf den Dächern im Rahmen des Masterplans Solarcity aus. Wir bauen Großprojekte auf wie zum Beispiel Photovoltaik auf freien Flächen, auf Konversionsflächen wie zum Beispiel alte Deponien oder entlang der Autobahn und investieren hier in den nächsten Jahren über 600 Millionen Euro in die dezentrale Erzeugung. Unser langfristiges Ziel ist, genau mit diesen Maßnahmen dahin zu kommen, dass wir 100 Prozent des von uns gelieferten Stroms – das ist derzeit ungefähr eine Terrawattstunde, also so viel Strom, wie 500 000 Haushalte verbrauchen – in der Region erzeugen und uns damit weiter unabhängig von den Märkten machen. Wir schauen uns die Themen um Batteriespeicher an, die mit Flexibilität, aber auch Notstromfähigkeit zu einer Entlastung des Netzes beitragen können. Wir schauen uns auch an, wir sind ja größter Betreiber von Ladeinfrastruktur in Berlin, wie wir da quasi eine Notfallversorgung sicherstellen können, damit im Notfall auch da geladen werden kann.

Was braucht es dafür? – Einen weiteren Abbau von Bürokratie, beschleunigte Planungsverfahren und ganz besonders beständige, stabile Rahmenbedingungen, und da schauen wir insbesondere auf die Bundesebene, wo einige der Rahmenbedingungen derzeit infrage stehen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank auch an Sie! – Dann treten wir in die Runde der Fraktionen ein und beginnen mit Bündnis 90/Die Grünen. – Herr Kollege Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Vorsitzender! – Vielen Dank von mir und meiner Fraktion für Ihre Ausführungen! Ich mache es der Reihenfolge nach. Frau Jeroncic, schön, dass Sie da sind, dass wir heute auch die Perspektive der 50Hertz zum ersten Mal in diesem Zusammenhang hören! Sie betreiben durchaus in Berlin auch Netze. Da ist natürlich schon die Frage: Welche konkreten Konsequenzen ziehen Sie jetzt aus dem Brandanschlag? Also welche zusätzlichen Maßnahmen haben Sie vielleicht jetzt schon umgesetzt beziehungsweise in Planung in Berlin, aber vielleicht auch in Brandenburg? Sie haben sagt, 50Hertz ist das Rückgrat. Wir bekommen ja eigentlich alles aus Brandenburg, zumindest über Ihre Leitungen, geliefert. Wir haben gerade gehört, Sie haben ausgeführt, einen Strommast abzusägen, scheint durchaus möglich zu sein.

Dann natürlich die Frage: Was erwarten Sie als 50Hertz konkret vom Land Berlin, vielleicht auch vom Bund? Das können Sie uns mitteilen, auch wenn wir dafür nicht zuständig sind, um ein Gesamtbild zu bekommen. Braucht es eher so was wie Meldepflichten, Befugnisse von Behörden? Brauchen Sie vielleicht finanzielle Änderungen? Muss es vielleicht auch regulatorische Änderungen geben?

Dann sprachen Sie in Ihren Ausführungen an, die Koordination zwischen Berlin und Brandenburg zu stärken. Vielleicht können Sie kurz skizzieren, wie es im Moment aussieht und was sozusagen Ihr Zielbild wäre.

Herr Landeck! Zu den Hochspannungsmasten, die offensichtlich in Italien absägbar sind: Wie viele Hochspannungsmaste haben wir denn hier noch im Verteilnetz? Ein paar sehe ich immer rumstehen, gerade in meinem Außenbezirk, wenn ich dort unterwegs bin. Wie sind die gesichert? Sie sprachen auch von Zäunen mit Annäherungsalarm. Reicht so etwas aus? Ich weiß nicht, wie schnell man so einen Strommast umsägen kann. Ich könnte mir das schon länger vorstellen, aber vielleicht können Sie dazu auch noch was sagen. Wie klappt aus Ihrer Sicht die Abstimmung zwischen der Stromnetz Berlin GmbH und der 50Hertz, gerade in so einem Katastrophenfall? Sind die Strukturen dafür schon ausreichend?

Herr Rundfeldt, erst mal danke, dass Sie sich Zeit genommen haben, uns hier heute Ihre Ausführung mitzuteilen! Hinter ganz viel kann ich nur ein Ausrufezeichen machen. Ja, Kamera ist irgendwie ganz schön, wird aber die Täter bei genügend krimineller Energie letztendlich nicht abhalten. Dennoch müssen wir natürlich schauen, wie wir unsere Anlagen schützen. Sie nannten dort vor allem die N-2-Lösung. Wäre das die langfristige Lösung, wo Sie sagen, dahin müssten wir uns eigentlich entwickeln?

Herr Werner! Ich weiß zum Beispiel aus Spandau, dass man sich da überlegt, wie man bestimmte Einrichtungen des Bezirks oder – wir haben es beim Stromausfall gesehen – Pflegeheime, Altenheime et cetera irgendwie mit autarken Systemen ausstatten kann, basierend auf Solarenergie und Speicher. Ich weiß, Sie als Stadtwerke sind ja da auch involviert. Ich habe es nicht direkt in Ihren Ausführungen gehört. Wie funktioniert so etwas? Wie viele Stunden kann ich die Sache mit solchen Systemen überbrücken? Sind Sie da auch im Austausch mit den verschiedenen Stellen hier in Berlin? Kommen wir da voran?

An den Senat eine Frage: Herr Biel, Sie waren leider nicht bei der Anhörung, als wir über Balkonsolar gesprochen haben. Klar, ist nicht unbedingt Ihr Fachgebiet! Ich glaube, Herr Fischer war damals da. Da wurde in den Ausführungen der Experten davon gesprochen, dass Balkonsolar in Verbindung mit Speicher gerade beim Stromausfall eine Überbrückungsfunktion haben kann. Gerade wichtige Formen von Information, Telekommunikation, zumindest Radio können betrieben werden, wenn man sich noch nicht das Kurbelradio angeschafft hat. Sie haben ja nun die Förderung für Balkonsolar komplett gestrichen. Wie weit ist das, an dieser Stelle muss ich es noch mal fragen, auch wirklich sinnvoll, solche Systeme, die auch auf einen Notfall ausgerichtet sind, wo man mit einer geringen Förderung, die aber notwendig ist – – Das wurde ja klar, wie hoch die Kosten sind, dass eben nicht Balkonsolar wie gerne dargestellt für unter 100 Euro im Baumarkt zu haben ist, sondern dass eben schon Kosten um die 1 000 Euro anfallen. Inwieweit ist das sinnvoll, auch vor diesem Hintergrund hier zu sagen, da machen wir jetzt überhaupt nichts? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Als Nächster für Die Linke der Kollege Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank insbesondere auch an die Anzuhörenden für die einleitenden Stellungnahmen! Ich fand das einen guten Ritt in kompakter Weise mit guten Vorschlägen. Von daher erst mal vielen Dank! Ich habe mich

auch über den Beitrag des Staatssekretärs gefreut und kündige an, ihm zum Schluss noch ein paar Fragen zu stellen. Das war zwar in der gebotenen Kürze, aber dafür inhaltlich noch mit Luft nach oben. Ich glaube, dass wir da noch ein paar Nachfragen noch mehr Zahlen und Daten von Ihnen bekommen sollten, was seit dem Stromanschlag tatsächlich passiert ist oder wie Sie priorisieren. Ich will aber aus Respekt mit den Anzuhörenden anfangen.

Frau Jeroncic, vielen Dank für die Darstellung! Ich habe mir nach Ihrem Beitrag zwei Sachen aufgeschrieben. Das Erste ist: Sie haben wortwörtlich gesagt, wir müssen Schutz und Resilienz stärken, auch für Ihr Netz. Mich würde interessieren, ob Sie ausführen können, ob Sie, ich glaube, es geht in eine ähnliche Richtung wie bei Herrn Taschner, nach dem Anschlag noch Maßnahmen verändert haben, welche konkreten Maßnahmen Sie für sich dort sehen, wo vielleicht auch Anpassungsbedarfe bestehen. Ich glaube, wir haben eine Ahnung, aber vielleicht können Sie uns noch mal mit konkreten Hinweisen ein bisschen auf die Sprünge helfen.

Das Zweite ist: Sie haben gesagt, Sie brauchen schnellere Abstimmungen und Entscheidungen. Mich würde interessieren, welche Vorstellungen Sie dazu haben, ob es einen konkreten Erfahrungstatbestand gibt, wo Sie sagen, an der und der Stelle hat es gehakt, da müssen wir besser werden, oder es ist eine reine Wahrnehmung, dass die Übungen gezeigt haben, dort und dort ist noch Luft nach oben. Vielleicht können Sie uns noch mit drei Sätzen erläutern, woraus wir für uns einen Handlungsbedarf ableiten könnten, um in der Folge tätig zu werden.

Dann würde ich gerne mit Ihnen, Herr Dr. Landeck, weitermachen. Sie haben davon gesprochen, dass Sie, ich sage mal so, mit den Ad-hoc- und Akutmaßnahmen ziemlich gut auf der Spur sind. Teile sind abgeschlossen. Die Zäune, haben Sie gesagt, werden bis Juni umgesetzt. Das alles verändert ja durchaus Ihre Investitionsplanung. Sie hatten uns sowohl im Herbst letzten Jahres als auch Anfang des Jahres davon berichtet, dass Sie durchaus schon seit Längerem in einer mehrjährigen Planung zum Thema Georedundanz und anderer Resilienzstrukturen stehen, die wahrscheinlich auf anderen Erwartungen und Annahmen beruhte. Das haben Sie auch selber gesagt. Inwiefern hat sich das jetzt verändert? Und inwiefern können Sie das in der Finanzierung absichern? Müssen Sie an anderen Stellen Abstriche machen? Sie hatten jetzt knapp ein halbes Jahr, in dem Sie die Maßnahmen neu bewertet und priorisiert haben. Wie hat sich das verändert? Ergeben sich daraus auch für uns und in Richtung der Landesregierung quasi Maßnahmen, die wir daraus ableiten müssen? Zum Beispiel: Sie brauchen mehr Eigenkapital, wir brauchen andere Kooperationen, oder Sie brauchen andere Rahmenbedingungen, wo wir tätig werden können, zum Beispiel bei Genehmigungszeiträumen et cetera pp.

Das würde mich interessieren, was Sie aus Ihrem Maßnahmenpaket, das Sie jetzt geschnürt haben – – Ja, ich glaube, das kann man an der Stelle einfach noch mal sagen und Sie gerne mitnehmen, dass wir da in großer Dankbarkeit und in großem Respekt vor dem Team der Stromnetz Berlin GmbH stehen, das sowohl im Januar gezeigt hat, was für eine tolle Arbeit es leistet, als auch jetzt in der Folge, weil man das dann doch immer wieder hört und zum Teil direkt gespielt bekommt, was für eine gute Arbeit dort gemacht wird. Ich glaube, darauf können wir insgesamt als Stadt nur sehr stolz sein, was Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten.

Sie haben zu einem neuen Konzept für die Netzersatzanlagen ausgeführt. Vielleicht können Sie dazu noch zwei, drei Sätze verlieren, wie das aussieht. Sie haben auch über die Maßnahmen zur Resilienzsteigerung quasi beim Endkunden gesprochen. Vielleicht können Sie dazu

noch sagen, worum es sich dort genau handelt, wie sie mit dem Land Berlin und den anderen Akteuren des Landes Berlin zusammenarbeiten und wie sich das vielleicht auch weiter gestalten soll.

Dann würde ich gerne zu Ihnen, Herr Rundfeldt, kommen. Auch noch mal von meiner Seite aus vielen Dank für den Abriss! Ich kann mich anschließen. An vielen Stellen kann man einen Haken machen. Mich würde noch die gleiche Frage wie Herrn Taschner interessieren und darüber hinaus, inwieweit Ihre Expertise und Beratung in diese ganzen Prozesse der Aufarbeitung eingebunden sind, ob Sie überhaupt eingebunden sind, was Sie sich vorstellen könnten, wie man auch zivilgesellschaftliche Akteure in die Resilienzsteigerung für das Land Berlin quasi mit einbeziehen kann und welche Chancen darin auch liegen.

Zum Abschluss an Sie, Herr Werner: Vielen Dank für den Überblick in der Frage Energieversorgung für die Stadt! Bei Ihnen habe ich mir den einen Punkt aufgeschrieben: Sie haben zum Schluss von beständigen politischen Rahmenbedingungen gesprochen, insbesondere mit Bezug auf den Bund. Wir haben den Vorteil, wir machen ein Wortprotokoll und können hier ein paar Sachen festhalten. Mich würde es freuen, wenn Sie noch konkreter ausführen könnten, welche Rahmenbedingungen Sie dort meinten und was für Sie eklatant ist in der Frage, wie Sie sich erfolgreich weiterentwickeln können.

Zu guter Letzt der Senat: Ich hatte es angekündigt. Mich würde schon noch mal interessieren, mit welchem Ergebnis – Herr Staatssekretär, Sie haben davon gesprochen – Sie Maßnahmen priorisiert haben. Was ist dabei herausgekommen? Wo haben Sie Veränderungsbedarfe gesehen, auch in der Aufarbeitung? Wenn Sie priorisiert haben, werden sich dabei vielleicht auch Maßnahmen verändert oder verschoben haben. Mit welcher haushälterischen Auswirkung haben Sie zu tun? Ist das alles finanziert? Müssen Sie Dinge verändern, verschieben? Das wäre, glaube ich, für uns aus Transparenzgründen ganz gut, da auch von Ihnen noch mal einen Überblick zu bekommen, was Ihre Priorisierung aufgrund politischer Natur, aber vielleicht auch eben in der Absprache, in der Notwendigkeit, was zuerst gemacht werden muss – wie sich das jetzt in der Umsetzung dann auch darstellt und welche Auswirkungen es hat.

Ein Thema, das vor allem Frau Jeroncic angesprochen hat, war das Thema Übungen, also die Frage der Zusammenarbeit aller Beteiligten im Land Berlin. Mich würde noch mal von Ihrer Seite aus interessieren, wie Sie das Thema bewerten, ob das in der Auswertung auch quasi als Maßnahme für die Zukunft mit aufgenommen wurde, und wenn ja, wie da der Maßnahmenplan ist, um dort quasi in eine noch bessere Abstimmung zu kommen, um dann besser reagieren zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selbst dran für die SPD-Fraktion.

Jörg Stroedter (SPD): Ich würde auch mit Ihnen, Frau Jeroncic, anfangen. Sie haben das Thema Berlin-Brandenburg angesprochen, aber da nicht so richtig, wahrscheinlich wegen der Zeit, ausführen können. Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen: Was müsste da laufen? Wir suchen ja auch immer nach Themen, wo wir zwischen Berlin und Brandenburg Dinge vernetzen. Wenn das hier sinnvoll wäre, dann wäre es gut, wenn Sie dazu noch mal was sagen würden.

Dann haben Sie gesagt: kein sicherer Schutz. Das ist natürlich allen klar, die Frage ist nur, dazu komme ich gleich bei Herrn Landeck, ob der Schutz, der dort bei diesem Anschlag war, auch nur annähernd ausreichend war oder ob es nicht geradezu fahrlässig war, wie dort mit der Sache umgegangen wurde. Sie kennen sicherlich den Spiegel-Bericht. Vielleicht können Sie dazu auch mal was sagen.

Dann komme ich zu Ihnen, Herr Landeck: Wir haben Ihnen jetzt als Koalition viel Eigenkapital zur Verfügung gestellt, natürlich vorrangig für andere Dinge, aber vielleicht können Sie dann mal sagen, wie viel Geld das jetzt hier kostet, was Sie zusätzlich machen müssen, also die Bewachung, die, wie ich sage, Dauerüberwachung und nicht die Bestreifung, die Video-technik und welche Maßnahmen insgesamt dort auch noch finanziell zu machen sind. Ich will auch hier noch mal deutlich sagen, Herr Landeck, ich war ehrlich gesagt wenig zufrieden mit dem, wie das abgelaufen ist. Man kann das alles abfeiern, wie schnell dann nach ein paar Tagen wieder Strom da ist, aber es waren trotzdem fünf Tage, glaube ich, und die Konsequenzen für die Bevölkerung und auch für die Unternehmen dort, auch das Thema Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, waren schon gravierend.

Deshalb würde mich schon interessieren, was da jetzt gemacht worden ist. Ich sage das mal so deutlich, im Beteiligungsausschuss gab es ja die Debatte, vor allen Dingen von den Linken und von uns als SPD-Fraktion. Das, was da ursprünglich geplant war, ich habe den Begriff hier schon genannt, mit der Bestreifung, hätte überhaupt nicht ausgereicht. Das kann man sich sparen. Ist das jetzt sichergestellt, dass das alles rundum in der Bewachung erfolgt, und über wie viel reden wir denn? Ich habe ein paar Mal gehört, 95 Prozent – die Zahl war, glaube ich, sogar noch höher –, 99 Prozent sind sowieso geschützt, weil die unterirdisch sind, da ist die Gefahr nicht so groß, und nur der Rest ist sozusagen signifikant. Vielleicht können Sie das noch mal zahlenmäßig erläutern und uns da auch noch mal etwas sagen, denn das ist, finde ich, bei den Medien aus der Debatte wieder raus, sozusagen bis zum nächsten Anschlag. Dann geht die Debatte entsprechend weiter.

Bei den Zaunanlagen würde mich interessieren, dass Sie sich mal zu diesem Spiegel-Bericht äußern. Der war ja so, dass da praktisch schon jedes Kind reinkommen konnte, so ungesichert war das. Vielleicht können Sie uns, nachdem ein paar Monate ins Land gegangen sind, noch etwas dazu sagen und was Sie da entsprechend verändert haben.

Dann komme ich zur AG KRITIS. Herr Rundfeldt, ich bin schon erstaunt, dass Sie hier diese Anhörung nutzen, um ein politisches Statement abzugeben: Die Änderung des IFG ist nicht geeignet. – Oder noch schärfer: Die politische Herkunft der Attentäter ist nicht belegt. – Das habe ich in der Form von einem Anzuhörenden im Ausschuss noch nicht erlebt. Das sehe ich kritisch, um das mal zu sagen. Sie sind hier, um uns in der Sache zu informieren, und nicht, um Politik zu machen. Die Koalition hält die Gesetzesänderung sehr wohl für geeignet, und wir sind nach allen Erkenntnissen, die auch der Innenverwaltung vorliegen, sehr wohl davon überzeugt, dass es ein linksterroristischer Anschlag ist, und dann kann man das auch sagen und muss das nicht, wenn man vielleicht eine eigene politische Position durch die eigene parteipolitische Mitgliedschaft hat, sozusagen herunterspielen. Das finde ich schon kritisch und will Ihnen das auch sagen, dass ich das so in der Form nicht akzeptiere. – Sie sollen auch mal sagen: Warum helfen Kameras wenig? Man kommt sicherlich leichter durch Kameras an Täter heran. Das ist keine unübliche Geschichte, auch in anderen Bereichen.

Dann haben Sie auch etwas dazu gesagt, dass die meisten Schäden durch Bagger auftreten. Ja, aber ich kann mich nicht erinnern, dass wir durch einen Bagger einen Schaden hatten, der fünf Tage lang in dieser Form aufgetreten ist wie in Zehlendorf mit so vielen Beteiligten und so vielen Problemen. Deshalb finde ich das schon schwierig, um es mal vorsichtig zu sagen.

Herr Werner, Sie haben, glaube ich, zwei wichtige Punkte angesprochen, einmal die starke Ausweitung des Strombedarfs. Das bedeutet ja, wir werden noch abhängiger von dem Thema Strom, als wir es jetzt schon im Augenblick sind. Jeder hat das gesehen, was das dort bedeutet hat, dass nicht mal die Handys funktioniert haben, dass gar nichts mehr ging, dass die Straßen echt dunkel waren und welche Auswirkungen das gerade auf Pflege- und Krankeneinrichtungen hatte. Das heißt, wir müssen noch mehr machen. Wenn die Ausweitung des Strombedarfs so ansteigt, dann hat das auf alles noch weitere Konsequenzen.

Vielleicht können Sie noch etwas zu der dezentralen Erzeugung sagen, dass die gegen Anschläge hilft. Was müssen da aus Ihrer Sicht die Ziele sein? Das ist, glaube ich, auch in der alten Koalition ein wichtiger Punkt gewesen, dass wir uns immer für dezentrale Erzeugung eingesetzt haben. Das ist wirklich ein Punkt, wo man sicherlich mehr erreichen kann, als wenn man immer an einer einzigen Stelle hängt und da ganz viele Betroffene sind. Umso mehr man das sozusagen aufteilt, umso größer sind die Chancen, dass der Schaden sicherlich kleiner wird. Vielleicht können Sie dazu noch eine Ausführung machen.

Dann noch zum Senat: Ich hatte die Fragen schon eingangs in meiner Begründung gestellt, Thema Hotels. Frage: Sind Hotels auf Kosten sitzengeblieben? Oder umgekehrt: Haben die Antragsteller jetzt alle ihre Zahlungen bekommen? Ist das abgearbeitet? Und natürlich: Was ist mit den anderen Beteiligten? Also haben Unternehmen Schäden finanzieller Art angemeldet? Was hat der Senat da gemacht? Gibt es auch noch irgendwelche Debatten über Konsequenzen für die Pflege- und Krankeneinrichtungen? Ich bitte Sie, dazu auch noch etwas zu sagen. – Das soll es von meiner Seite für die SPD-Fraktion sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann zurück in die Rolle des Ausschussvorsitzenden! Nun ist die AfD-Fraktion dran. – Herr Kollege Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch Dank, dass Sie den Versuch des politischen Relativierens dieses größten Stromausfalls nach dem Zweiten Weltkrieg hier angesprochen haben! Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass das so nicht stehenbleibt, denn es gibt bisher keine anderen Verlautbarungen, dass es aus einer anderen Ecke kommt als aus der linksextremistischen. Insofern vielen Dank dafür!

Frau Jeroncic, Rückgrat der Energieversorgung, Netzstabilität! Mich würde interessieren – da wir Sie hier schon mal haben, und das ist wirklich sehr schön –, dass wir aus Berlin ein bisschen rausgehen und dass Sie vielleicht mal ganz kurz darstellen, mir und auch den Kollegen, das Thema Redispatch, also Spannungsausgleich. Das kostet uns etwa 3 Milliarden Euro im Jahr 2024/25. Wir hatten vor der Energiewende vielleicht unter hundert Eingriffe pro Jahr beim Thema Netzstabilität, jetzt haben wir mehrere Tausend oder Zehntausende. Das liegt auch daran, dass manchmal, wenn zu viel Sonnen- und Windenergie eingespeist wird, gegenreguliert, teilweise abgestellt, runtergefahren oder kompensatorisch was anderes hochgefahren werden muss. Daher haben wir auch die Gaskraftwerkinitiative für die Dunkelflaute. Dieses ganze Thema ist doch offensichtlich so, dass das Abschalten der fossilen Kraftwerke, Kohle,

das Zurückdrängen von Gas und der komplette Ausstieg aus der Kernenergie zu einem durchaus und offensichtlich anfälligeren Stromnetz geführt haben. Vielleicht können Sie sich in dem Kontext dazu verhalten, wie Sie das sehen. Wir wissen auch von Herrn Dr. Landeck, was er eigentlich in jeder Anhörung hier immer wieder betont, dass Berlin nur etwa 20, 25 Prozent des Strombedarfs selbst decken kann. Alles andere muss von außen kommen, meinetwegen inklusive französischer Importstrom, der Atomstrom ist. Haben Sie sich als 50Hertz mal das Thema – da kann man es wirklich sagen – kontinentaler Blackout Spanien angeguckt? Da geht es genau um diese Thematik. Das würde mich interessieren, wie Sie dazu stehen, also Netzwerkstabilität, Eingriffe und Kosten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich muss an der Stelle etwas zu den Ausführungen des Abgeordneten Stroedter zu den Ausführungen von Herrn Rundfeldt sagen. Wenn wir heute darüber reden, wie wir das Berliner Stromnetz sicherer machen, dann erwarte ich schon durchaus von den eingeladenen Experten, dass sie hier Ausführungen zu Maßnahmen machen können, die der Senat plant, ob sie sie für sinnvoll halten oder nicht. Hätte Herr Rundfeldt das nicht von sich aus gemacht, hätte ich ihn gefragt, wie er dazu steht. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass er das schon von sich aus gemacht hat.

Ansonsten kann ich mich sehr gut an den langen Stromausfall erinnern, den wir in Köpenick aufgrund eines Baggers hatten. Er war nicht so lang, er war nicht so groß in der Richtung, aber, Herr Landeck, ich glaube, es ist wirklich so, meistens sind es Bauarbeiten, nicht in dem großen Maße in der Richtung, aber Köpenick war auch ziemlich erheblich. Ich weiß, dass wir uns hier auch mit diesem Stromausfall erheblich beschäftigt haben. Insofern, muss ich sagen, sehe ich hier in diesem Zusammenhang nichts, was hier Falsches von Herrn Rundfeldt gesagt worden ist. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann der Kollege Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte den gleichen Ball noch mal mit aufgreifen. Ich finde es einfach bemerkenswert, wie sich hier über die Äußerung von Anzuhörenden geäußert wird. Ich bin sehr dankbar, dass wir hier ein Klima haben, auch im parlamentarischen Raum, wo wir offen über getroffene Entscheidungen, politische Ideen und Maßnahmen diskutieren und den Raum von Anhörungen dafür nutzen. Insofern kann ich das nur unterstreichen. Ich hätte Sie, Herr Rundfeldt, auch dazu befragt und bin sehr dankbar, dass Sie uns mit ihrer Expertise eine Einschätzung gegeben haben, die sich dem Thema einfach in der Sachlichkeit nähert und klarmacht, wie man das vielleicht auch aus Ihrer Sicht eben in der Gegenüberstellung und Ergänzung der Maßnahmen, die von anderen Anzuhörenden und dem Senat geäußert wurden, bewerten kann. Das finde ich gut. Dafür bin ich auch dankbar.

Ich finde es einfach auch richtig, dass wir die verschiedenen Herangehensweisen, nämlich in der Frage, und das ist ja das, was uns heute beschäftigt, nicht die Bewertung des Ereignisses an sich, politisch, sondern die Frage: Wie gehen wir damit um, wie gehen wir mit Folgen um, wie stellen wir uns in der Zukunft auf? –, dass wir da ohne Schaum vorm Mund sach- und faktenbezogen einfach mal draufschauen: Was braucht es? Was wirkt wie? Und was können

wir in dem Fall als Parlament dafür tun, dass der Senat und die Akteure des Landes noch besser und schneller agieren können?

Diese Frage von Relativierung habe ich hier auch nicht wahrnehmen können. Es macht nur ein Bild vollständig, das sich heute früh auch schon in einem anderen Ausschuss gezeigt hat, dass die Art und Weise, wie die Koalition, aber auch andere Akteure hier im Parlament mit der Zivilgesellschaft umgehen, doch immer mehr bemerkenswert wird. Ich hoffe, dass das auch einige draußen mitbekommen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Jetzt habe ich mich selber für die SPD-Fraktion noch mal auf die Redeliste gesetzt.

Jörg Stroedter (SPD): Ich finde das – Herr Dr. Taschner, bei aller fachlichen und persönlichen Anerkennung Ihrer Leistungen, Herr Bertram ist jetzt auch darauf eingegangen – schon ungewöhnlich. Wir machen hier schon lange Anhörungen, und wie das hier heute mit einer politischen Bewertung abgelaufen ist, ist schon ein ungewöhnlicher Vorgang, den ich in der Form nicht erlebt habe. Ich will es mal auf den Punkt bringen, das mag auch Sie beide stören: Diesen Begriff linksextremistischer Anschlag wollen Sie nicht hören. Das haben wir auch schon im Parlament gehabt, aber es muss in diesem Lande noch möglich sein, Dinge auszusprechen, die stattfinden, und dieses Wegschieben, dieses Vertuschen von bestimmten Dingen kann ich in der Form nicht akzeptieren. Die Erkenntnisse, die die Innenverwaltung hat, sind in der Frage sehr eindeutig, es ist ein linksextremistischer Anschlag. Das ist schon im Parlament, auch von den Kollegen der CDU, ausgesprochen worden, und auch da wollten Sie das nicht hören. Wenn das jetzt hier in der Form durch einen Anzuhörenden wiederholt wird, finde ich das schwierig.

Dass Sie nicht die Änderungen im Informationsfreiheitsgesetz wollen, ist uns auch klar, aber auch da muss man herangehen, denn es macht ja auch Sinn, dass man nicht die Täter schützt, sondern dass man die Bevölkerung und die betroffenen Unternehmen schützt. Dafür steht auch meine Fraktion.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann, Herr Dr. Taschner, haben Sie sich für Bündnis 90/Die Grünen gemeldet, bitte sehr!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zu den Ausführungen des Abgeordneten Stroedter eben möchte ich noch mal ganz klar darstellen, dass ich mich bei den Ausführungen von Herrn Rundfeldt nur darauf bezogen habe, was er zu den Änderungen des Informationsfreiheitsgesetzes gesagt hat wie auch zu den durch Bagger verursachten Stromausfällen, aber zu keinen weiteren Punkten. Das kann man im Wortprotokoll genauso nachlesen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann der Kollege Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Abgeordneter Stroedter, jetzt wird es aber tatsächlich bunt, und ich glaube, man kann froh sein, dass das Wort, das wir hier miteinander sprechen, auch entsprechend und besonders geschützt ist, aber das, was Sie uns gerade hier unterstellt haben, nämlich Täterschutz zu betreiben oder quasi eine Verschiebung der Tatsachen, das ist so abstrus und absurd und entbehrt jeder Grundlage. Ich glaube,

Sie sollten wirklich überlegen, ob das angesichts der Debatte quasi gerechtfertigt ist, die wir seit Monaten hier führen. An keiner Stelle, wo wir über das eigentliche Ereignis gesprochen haben, hat irgendjemand meiner Fraktion noch der Grünenfraktion hier irgendeine Relativierung betrieben. Wir haben die Täter dieses Anschlags sowohl im Innenausschuss – – Da sitzen Sie jetzt nicht, aber das können Sie sich von den Kolleginnen und Kollegen bestätigen lassen. An keiner Stelle ist das passiert, sondern wir haben klar und auch unmissverständlich die Handlung – – Ich weiß gar nicht, was es da zu lachen gibt. Das ist eine Art und Weise, die hier im Parlament Einzug gehalten hat, das ist wirklich bemerkenswert. – [Zuruf von Dr. Martin Sattelkau (CDU)] – Also meine Fraktion braucht sich hier für nichts zu rechtfertigen. Wir haben die Täterstrukturen und das Täterereignis klar benannt.

Worum es uns aber heute gehen sollte und worauf wir uns auch in der Vorbereitung der Anhörung verständigt hatten, deswegen sind wir froh, dass Herr Rundfeldt auch da ist, ist genau die Frage: Was passiert danach? Welche Maßnahmen und Konsequenzen ziehen wir daraus? Insofern kann ich das nur noch mal unterstreichen, dass wir sehr dankbar für die Einordnung sind.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Darauf muss ich dann doch leider antworten.

Jörg Stroedter (SPD): Herr Bertram, Sie vermengen zwei Dinge, die ich so nicht gesagt habe. Ich habe gesagt, unsere Aufgabe ist es, die Täter nicht zu schützen. Ich habe nicht der Linken Täterschutz unterstellt. – [Zuruf von Philipp Bertram (LINKE)] – Nein, lesen Sie das Protokoll nach! Ich bin schon lange im Geschäft, Herr Bertram, und kann beurteilen, was ich sage und was ich nicht sage. Wir wollen die Täter nicht schützen. Aber ich unterstelle, und das habe ich auch in der Plenarrede gemacht und auch die Kollegen der CDU, dass es nicht gewünscht ist, von einem linksextremistischen Anschlag zu sprechen. Das war die Debatte, und da sage ich ganz klar, alle Beweise, die bisher vorliegen, sprechen dafür, dass das so ist, und dann muss man das so aussprechen, man kann das nicht immer wegschieben und sagen: Ach, das war jetzt irgendjemand von außen und nur gar kein linksextremistischer Anschlag. – Ich erinnere mich noch an Zeiten der Roten Armee Fraktion. Mit diesen Anschlägen fing es an, nachher ging es gegen Personen.

Ich sage das mal so deutlich, der Schaden, der da entstanden ist, ist keine Lappalie, und wenn sich die Koalition jetzt bemüht, auch gesetzlich etwas zu ändern, wenn die Koalition die Unternehmen auffordert, sicherheitstechnisch etwas zu ändern, dann ist das der richtige Weg. Wir können das den Leuten nicht zumuten: 300 000 Menschen fünf Tage lang abgeschnitten. Und dann ist das Ergebnis, ich darf nicht mal sagen, wer die Täter waren? – Tut mir leid, dafür habe ich keinerlei Verständnis.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Doch! – Herr Kollege Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Noch mal vielen Dank für Ihre Intervention hier, Herr Vorsitzender! – Ich wollte nur bitten, dass die Debatte nicht untergeht und meine Fragen, Frau Jeroncic, in Sachen Instabilität und Anfälligkeit aufgrund der Energiewende und eben weniger Resilienz aufgrund der Netzstabilität und der Eingriffe und Kosten nicht untergehen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde. Wir beginnen mit dem Senat. – Herr Staatssekretär! Sie können die Fragen, die hier gestellt worden sind, bitte beantworten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Das mache ich sehr gerne. – Herr Stroedter! Sie hatten gefragt, wie die Auszahlung der Kosten der Zwangsübernachtungen in Hotels quasi vollzogen wurde oder wird. Zuständig dafür ist der Bezirk Steglitz-Zehlendorf. 3 000 Anträge hat es gegeben. Bis dato sind 800 Anträge vollends bearbeitet und auch zur Auszahlung gebracht. Der Rest wird in den nächsten Wochen und Monaten weiterbearbeitet. Beschwerdemails oder Ähnliches liegen mir nicht vor, Danksagungen kann ich Ihnen übermitteln, die uns erreicht haben.

Über entstandene Zusatzkosten bei den Hotels kann ich nichts berichten. Insofern glaube ich auch nicht, dass die entstanden sind. Es ist ja verabredet gewesen über den DEHOGA und die Partnerhotels bei „visitBerlin“, dass die Hotelzimmer sozusagen zum Unkostenbeitrag zur Verfügung gestellt werden. Dementsprechend kann ich mir nicht vorstellen, dass irgendein Hotel, das beteiligt war, auf Kosten sitzengeblieben ist. Den anderen Mechanismus habe ich Ihnen gerade dargestellt.

Was das Thema Schadensregulierung bei den betroffenen Unternehmen angeht, wo das teilweise wirklich in Millionenbeträge gegangen ist, nicht nur bei dem Anschlag, der jetzt stattgefunden hat, sondern auch im letzten Jahr in Treptow-Köpenick, ist es so, dass der Wirtschaftsverwaltung keine Rechtsgrundlage zur Verfügung steht, da irgendetwas zu regulieren. Das muss über die abgeschlossenen Versicherungen – es gibt Produktionsausfallversicherungen und vieles andere mehr – durch die Unternehmen reguliert werden. Diese Prozesse laufen unseres Wissens auch. Wir als SenWiEnBe sind daran nicht beteiligt.

Dann hat Herr Taschner das Thema Balkonkraftwerke angesprochen. In der Tat war das bei uns im Haus nicht nur angesiedelt, sondern wir haben es am Ende des Tages auch umgesetzt, weil wir einen Anreiz schaffen wollten, dass in der breiten Öffentlichkeit auch im Kleinen etwas getan werden kann, was die Energiewende sozusagen an den Balkonen sichtbar macht. Sie haben die Bereiche, die in der Krisensituation davon profitieren können, richtigerweise angesprochen. Mittlerweile ist es aber so, dass ein Balkonkraftwerk für relativ wenige Euros im Baumarkt erstanden werden kann. Die 1 000 Euro, die Sie in den Raum geworfen haben, sind mittlerweile durch die günstige Technik deutlich unterboten.

Wir haben uns darauf konzentriert, dass wir den Bereich SolarPLUS S und L – das Programm ist durch die Senatorin und durch Herrn Fischer hier im Wirtschaftsausschuss vorgestellt worden – für Ein- und Zweifamilienhäuser, dann auch für größere Mehrfamilienhäuser und Unternehmen, Lagerflächen und Lagereinrichtungen auf den Weg gebracht haben. Da wird insbesondere das Thema Speichertechnologie gefördert, wo wir verstärkt reingegangen sind. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das Thema Balkonkraftwerke nach unserem Anschub – so musste man das sehen – weiterhin erfolgreich umgesetzt werden kann, sodass sie gekauft werden.

Wenn Sie mich jetzt in einer stillen Minute fragen: Ich kann mir ganz viel vorstellen, aber auch Sie wissen, dass wir bei den Einsparungen, die wir im Einzelplan 13 vorzunehmen hatten, an der einen oder anderen Stelle Dinge, die wir gerne gemacht haben, nicht mehr fortführen konnten. Ich glaube aber nicht, dass es zum Erliegen der Energiewende führen wird, weil wir dieses kleine Förderprogramm jetzt nicht mehr weiterführen werden.

Herr Bertram, ich sage Ihnen Ähnliches, was ich eingangs gesagt habe: Die Gesetzgebungsprozesse, die wir angestoßen haben, habe ich Ihnen genannt. Zum Thema mehr Eigenkapital habe ich Ihnen zugerufen, was bei der Stromnetz GmbH und auch bei der BEN gemacht wurde, einmal mit den 300 Millionen Euro und den 250 Millionen Euro. Generell ist zu sagen, dass auf dem Weg in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2029 ein deutlich höherer Wert in der Investitionsplanung angelegt werden muss, wir das bis 2,9 Milliarden Euro umrüsten und Kosten sicherstellen. Das ist alles vorgesehen. Wir sind sehr früh in die Investitionsplanung gegangen, und ein Großteil davon wird auch in die sogenannte Georedundanz führen und zur Verfügung stehen. Insofern ist das alles bewerkstelligt worden und auf einem guten Weg. Diese Priorisierung war notwendig.

Im Mai wird es noch mal eine neue Senatsvorlage mit der Frage des Schutzes neuralgischer Punkte geben. Darin sind diese Prozesse auch noch mal detailliert aufgeführt, um konkrete Antworten zu geben. Auch Sie hier im Wirtschaftsausschuss werden logischerweise nach der Senatsbefassung damit intensiv befasst werden, indem wir Ihnen das vorstellen. Da sind all die Punkte, die wir in den letzten Wochen und Monaten zusammengetragen haben, für die Sicherung und den Schutz dieser neuralgischen Infrastruktur, der kritischen Infrastruktur von größter Bedeutung und auch aufgeführt.

Ein weiterer wichtiger Punkt, was die Sensibilisierung der Berliner Unternehmen angeht, ist bei Berlin Partner angesiedelt, im Sinne der Resilienz. Auch die Kolleginnen und Kollegen bei Berlin Partner sind unterwegs und führen das in vielen Gesprächen mit den Unternehmen aus. Denn am Ende des Tages ist es gut und richtig, dass der Senat Vorgaben macht, Förderstrukturen schafft, noch mal priorisiert und überlegt, wie man auf das eine oder andere reagieren muss, insbesondere auch, was die Stärkung der jeweiligen Krisenstäbe und das Umsetzen von und die Teilnahme an Übungen angeht, am Ende des Tages kommt es aber auch ganz besonders darauf an, was in den Unternehmen in Berlin an Vorsorge getroffen wird. Auch das passiert in Gänze nicht nur wegen der beiden genannten Anschläge, sondern weil natürlich auch bei den Unternehmen frühzeitig erkannt wurde, dass man sich in dieser Frage aufstellen und sichern muss.

Das Stichwort Übung ist angesprochen worden. Ich bin für den Krisenstab bei mir in der Wirtschaftsverwaltung zuständig. Wir nehmen regelmäßig an diesen Übungen teil, um einerseits die Meldekettens immer wieder zu überprüfen, die Informationswege immer wieder zu

überprüfen, auch überlagerte Ereignisse zu proben und zu üben, damit wir im Ernstfall auf die Situationen vorbereitet sind. Natürlich ist es ganz wichtig, dass wir die Reaktionsfähigkeit haben, die richtigerweise angesprochen worden ist, dass man schnell ein Lagebild haben muss, dass man schnell in der Lage sein muss zu wissen: Wer ist eigentlich betroffen? Wo ist der betroffen? Wo ist die Region, die betroffen ist? Wer ist davon betroffen? Wer hat jetzt in dieser Sekunde und diesen Stunden den Hut aufzuhaben? Wer muss mit wem sprechen? Wer muss wen informieren? Auch das ist immer wieder Teil dieser Übung.

Jetzt gucke ich noch mal ganz kurz, ob ich von den Fragen, die mir gestellt wurden, etwas vergessen habe. Die Vorlage – das vielleicht noch zum Schluss –, die im Senat sein wird, wird sich mit technischen, organisatorischen und physischen Maßnahmen befassen, die wir in dieser Vorlage dann vorstellen werden, und dann logischerweise auch bei Ihnen hier im Ausschuss.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann gehen wir in die Beantwortungsrunde der Anzuhörenden. – Frau Jeroncic, Sie haben jetzt das Wort.

Brigita Jeroncic (50Hertz Transmission GmbH): Herzlichen Dank für die Fragen! Ich versuche, alles zusammenzufassen, es war ja doch relativ viel, und hoffe, alles beantworten zu können.

Die erste Frage war: Welche konkreten Konsequenzen zieht 50Hertz daraus? Was hat 50Hertz danach gemacht? – Wir haben, wie Herr Landeck schon gesagt hat, wie eigentlich jeder andere Stromnetzbetreiber auch unsere ganzen Maßnahmen noch mal hart überprüft. Wir haben seit langer Zeit ein etabliertes Störungs-, Notfall- und Krisenmanagement, weil wir wissen, dass hundertprozentige Sicherheit nicht gegeben ist. Wir setzen dabei sehr stark auf das Business-, Continuity- und Krisenmanagement, das heißt, dass wir im Falle eines Vorfalls jeglicher Art handlungsfähig bleiben, also nicht nur das N-1-Prinzip wird überall überprüft, sondern es wird tatsächlich geguckt: Wie können wir die Stromflüsse umleiten? Wie ist das mit der Systemführung? Wie können wir auch im Falle des Falles, dass der Strom dann ausfällt, so schnell wie möglich wieder in die Handlungsfähigkeit kommen? Dazu gibt es spezielle Notfallkonzepte und Krisenaufbaukonzepte.

Kurzfristig haben wir vier Schwerpunkte für uns identifiziert. Das ist, glaube ich, wie bei der Stromnetz Berlin GmbH auch der Schutz an besonders kritischen Standorten, dazu gehören bessere Zäune und Tore, weitere bauliche Maßnahmen wie Einhausungen, und wir verbessern die Erkennung und Alarmierung, dazu gehören auch Kameratürme. Da ist es natürlich wichtig, noch zu klären: Wer wird wann informiert? Wer übernimmt welche Schritte? – Richtig ist auch, dass eine Kamera einen Einbruch oder einen Vorfall nicht verhindern wird.

Drittens stärken wir unsere Krisenorganisation. Wir üben häufiger, wir aktualisieren unsere Pläne, wir stellen die Rufbereitschaltung sicher; ich komme gleich noch mal dazu, was wir zu dem Thema Üben eigentlich vom Land Berlin erwarten. Viertens stellen wir sicher, dass ausreichende Materialien und Ersatzteile vorhanden sind. Das ist manchmal mit der Bundesregulierung nicht so einfach, denn wenn wir zum Beispiel Ersatztrafos oder so etwas bestellen und das kein Bestandteil des Netzentwicklungsplans ist, gehört es nicht zur Regulierung, und wir können es dementsprechend sehr schwer absetzen. Aber auch dazu sind wir mit dem Bund in

Verhandlungen, damit solche Resilienzmaßnahmen oder Materialien, die auf Vorrat da sein müssen, gewählt werden können.

Wichtig ist vor allen Dingen zu sagen: Vieles von dem, was wir machen, gibt es schon. Ich glaube, es ist klar: Die Lage, in der wir jetzt sind, diese hybride Bedrohungslage, verlangt mehr Tempo und mehr Fokus. Das, was ich eben schon gesagt habe, ist, dass Resilienz eine Daueraufgabe ist, die tagtäglich geübt und getätigt werden muss.

Was erwarten wir konkret vom Land Berlin und vom Bund? – Ich glaube, es ist wichtig, noch mal zu sagen: Wir verlangen, auch wenn die Kommunikation gut ist, eine bessere Krisenkommunikation und ein gemeinsames Lagebild. Leider ist diese Unterscheidung zwischen VNB und ÜNB nicht immer in allen behördlichen Strukturen klar: Wer ist eigentlich für was zuständig? Wann wird wer eingebunden?

Weshalb ist es so wichtig, auch den ÜNB einzubinden? – Weil wir häufig auch – ich habe gesagt, wir sind in sieben Bundesländern tätig – wirklich sehr intensiv mit den anderen Übertragungsnetzbetreibern üben, denn wenn es einen großen Stromausfall oder einen Blackout in Nordrhein-Westfalen gibt, wird uns das auch betreffen. Der Strom macht nicht an Regelzonen halt, sondern wir müssen das gemeinsam machen, das ist eine gemeinsame Aufgabe, das heißt, der ÜNB sollte mehr in die Krisenstäbe mit einbezogen werden. Ich weiß, es gibt Gespräche, aber das ist zum Beispiel eine Konsequenz oder eine Sache, die wir gelernt haben, die am Anfang nach dem 3. Januar nicht so gut geklappt hat.

Was meine ich mit Entscheidungen? – Wir merken in unseren internen Übungen immer wieder, dass wir Fragestellungen haben, die wir so ad hoc nicht entscheiden können, die wir selbst nicht entscheiden können. Ich gebe gerne zwei Beispiele. Ein Beispiel ist: Ein Strommast steht in einem Naturschutzgebiet. Um dahin zu kommen und schnell Abhilfe schaffen zu können, müssen wir mit einem Bagger da rein. Dürfen wir nicht. Wer fällt die Entscheidung, oder wer ist befugt, diese Entscheidung, diese Genehmigung schnell zu treffen? – Das Gleiche, auch wenn das ein bisschen ähnlich ist: Wir finden bei Ad-hoc-Maßnahmen, die wir nach einer Havarie irgendwo errichten müssen, einen Adlerhorst. Dort dürfen wir auch nicht weitermachen. Wer ist in der Behörde zuständig, uns schnell eine Genehmigung zu geben? Wer fällt diese Entscheidung? Das können wir als Übertragungsnetzbetreiber oder Netzbetreiber nicht machen.

Wenn Ersatzgestänge irgendwohin gestellt werden müssen und dafür Teile von Straßen oder Wohngebieten genutzt werden müssen, wie sieht es da mit den Entscheidungen aus? Wie schnell sind diese zu fällen? – So kommt es immer wieder zu Fragen, die wir als Netzbetreiber nicht alleine lösen können. Die Entscheidungswege müssen einfach schon vorher feststehen. Man muss gucken: Welche Fragen können in Krisenfällen auf uns zukommen, und wie werden diese gelöst? – Das meine ich damit, dass wir mehr miteinander kommunizieren und koordinieren müssen. Alles, was in Gesetzen steht, ist richtig und wichtig, aber am Ende geht es auch darum, wenn wir eine Krisensituation haben, das auch schnell in die Praxis bringen zu können. – Das ist das eine.

Die praktikablen Regelungen für Schutzmaßnahmen sind eher eine Sache zum Thema Videoüberwachung: Wo dürfen wir Videoüberwachungen aufhängen und wo nicht? Ganz klar ist, dass wir das, wenn das im öffentlichen Bereich ist, nicht machen dürfen. Alles, was auf unse-

rem Umspannwerk drauf ist, dürfen wir. Wie wird das klar geregelt? Reicht das? Brauchen wir nicht neue Regelungen? Wie ist das eigentlich mit der Drohnenabwehr? Wer ist dafür zuständig, wenn Drohnen über den Umspannwerken kreisen? Wer meldet das? Wer darf eingreifen? Wer zahlt das? – Das sind alles Sachen, die noch nicht klar sind.

Drittens – ich glaube, das wurde hier schon mehrmals angedeutet –, die Überprüfung der Transparenz- und Veröffentlichungspflichten, zum Beispiel im Vergaberecht, oder, wie es eben genannt worden ist, auch im Informationsfreiheitsgesetz.

Ein wichtiger Punkt ist auch das Thema Personal. Sicherheitsprüfungen sind wichtig und richtig, aber die müssen schneller erfolgen als bisher. Die Verfahren dauern sehr lange, uns fehlt manchmal die Redundanz im Betrieb, hier braucht es schnellere und gut priorisierte Verfahren für KRITIS-Funktionen.

Wenn diese Punkte alle zusammenkommen, werden wir auch gemeinsam schneller, bekommen ein gemeinsames Lagebild, das sich nicht nur in Berlin oder Brandenburg zeigt. Zur Kooperation Berlin-Brandenburg wurden auch einige Fragen gestellt. Wir kooperieren gut mit Berlin, und wir kooperieren gut mit Brandenburg, aber es sind einfach unterschiedliche Stellen und unterschiedliche Strukturen in den Behörden. Es sind unterschiedliche Personalmengen in den Behörden, die für etwas zuständig sind, teilweise sind es auch unterschiedliche Ministerien. Das hat nicht viel mit Berlin oder Brandenburg zu tun, das sehen wir in allen Bundesländern, in denen wir sind. Dadurch, dass es keine Einheitlichkeit gibt, haben wir ein Stückwerk, und es wäre vielleicht besser, darüber nachzudenken oder zumindest mal zu klären, ob bundeseinheitliche Regelungen nicht sinnvoll wären.

Ich gebe ein Beispiel zum Thema: Wenn es einen Anschlag in Brandenburg geben würde, der auch für Berlin Auswirkungen hätte, dann gäbe es einen Anschlag, und erst mal wäre die örtliche Polizeibehörde dafür zuständig, dieses zu klären. Die ist aber meistens mit den Kapazitäten vor Ort überfordert oder überblickt die Gesamtlage nicht. Warum sage ich das? – Ich will nur ein Beispiel geben, warum so ein bundeseinheitliches Lagebild besser wäre: Nach dem 3. Januar, nachdem es diesen Anschlag in Berlin gegeben hat, gab es nur wenige Tage später – ich weiß nicht, ob Ihnen allen das klar ist –, am 7. Januar, einen Anschlag auf einen Transformator in Erkrath in Nordrhein-Westfalen. Kurz darauf, am 10. Januar, folgte ein weiterer Angriff auf ein Trafohäuschen der Mitnetz in Braunsbedra, Sachsen-Anhalt. Obwohl diese Vorfälle unterschiedliche Spannungsebenen und Auswirkungen hatten, lagen sie zeitlich doch sehr eng beieinander und hatten teilweise ähnliche Symboliken. Um das Ganze irgendwie bewerten zu können, was das für Auswirkungen auf das Stromnetz hat, plädieren wir für eine viel stärkere Koordination der Bundesländer und der Polizeibehörden.

Zum Thema Versorgungssicherheit und Redispatch vielleicht einfach nur ein paar Zahlen: Wir in unserer Regelzone haben 2025 74 Prozent erneuerbare Energie sicher und stabil in unser Höchstspannungsnetz integriert. Wir sehen keine, wirklich keine Bedrohungslage durch eine dezentrale Energieinfrastruktur. Mehr als 50 Prozent des Strombedarfs werden in Deutschland mittlerweile durch erneuerbare Energien gedeckt. Richtig ist: Wir haben auf Verteilnetz- und Übertragungsnetzebene Redispatch, der aber jedes Jahr zurückgeht, genauso wie die Kosten. Wir haben ein Sicherheitsniveau hier in Berlin – der Staatssekretär hat es eben gesagt – von acht Minuten, bei uns im Übertragungsnetz wie bundesweit elf Minuten Stromausfall pro Jahr. Das sind Spitzenwerte in Europa und Spitzenwerte weltweit. Wir können

also nicht sagen, dass wir irgendwelche Unsicherheiten im Netz hätten oder dass die Stabilität darunter leiden würde.

Richtig ist aber auch, dass wir Back-up-Kapazitäten brauchen. Back-up-Kapazitäten brauchen wir auch im Osten Deutschlands. Dafür setzt sich 50Hertz auch bei der Bundesregierung ein. Sie wissen, wir warten schon seit Monaten, Jahren, würde ich fast sagen, auf eine Kraftwerksstrategie des Bundes, um neue Back-up-Kapazitäten sprich Gaskraftwerke zu bekommen, falls eben der Wind nicht weht, die Sonne nicht scheint, und das über einen längeren Zeitraum, sodass Speicher das auch nicht mehr abdecken können. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass mindestens ein Drittel dieser Back-up-Kapazitäten in den Nordosten Deutschlands kommt, damit wir nicht nur diese Dunkelflauten überwinden können, sondern damit wir dann auch – und das ist der Sicherheitsgedanke dahinter –, wenn es denn wieder mal zu einem großflächigen Stromausfall kommen könnte, wirklich großflächig über den Osten verteilt schwarzstartfähige Anlagen haben, um das Netz schnell wieder aufzubauen.

Was hilft auch gegen Redispatch? – Das ist Netzausbau. Davon werden wir laut Netzentwicklungsplan einiges tätigen. 50Hertz wird bis zum Jahr 2029 fast 20 Milliarden Euro ins Übertragungsnetz investieren. Das ist eine enorme Summe für ein so kleines Unternehmen wie 50Hertz. Wir plädieren dafür, dass alle Bundes- und Landesbehörden mit uns gut zusammenarbeiten. Ich sage das deshalb, weil ein Netzausbau auch Umspannwerke bedarf. Diese Umspannwerke sind wichtig, auch für die Wirtschaftsfähigkeit des Landes Berlin. Wir haben nur manchmal Diskussionen über Flächen, wo wir Umspannwerke hinbauen können. Deswegen auch die Bitte hier an die Politik, Verfügbarkeiten für Umspannwerksflächen mitzudenken, wenn es um die Versorgungssicherheit Berlins geht. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann als Nächster Herr Dr. Landeck.

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Ich möchte mich auch sehr herzlich für die Fragen bedanken. Ich würde versuchen, sie gemeinschaftlich zu beantworten. – Eine Aussage, die wir sowohl als Frage als auch von den Anzuhörenden mehrmals gehört haben, ist: Wir werden es nicht schaffen, einen Anschlag, einen weiteren Anschlag, ein weiteres Ereignis hundertprozentig auszuschließen. Daher ist das Wichtigste, was wir als Netzbetreiber, aber auch als Gesellschaft machen müssen, uns darauf vorzubereiten, wenn es passiert. Was sind dann die Krisenabläufe, die dort passieren? Dort können wir noch sehr viel organisieren.

Wenn man sich alleine schon überlegt, was man eigentlich macht, wenn man keine Videotechnik, keinen Mobilfunk hat, wie man dann mit den Krisenstäben kommuniziert. Das Üben der Krisenstäbe ist sehr wichtig, deswegen bin ich auch sehr dankbar, dass wir regelmäßig mit 50Hertz üben können. Das machen wir nicht nur als Stromnetz GmbH alleine, sondern mit allen Netzbetreibern. In der Regelzone Ost machen wir regelmäßige Übungen, die uns schon viel an Erkenntnissen gebracht haben. Die Vorbereitung auf eine solche Krise ist eines der wesentlichen Elemente.

Wir hatten einige konkrete Fragen. Ich freue mich, dass ich mit der ersten Frage beginnen kann, weil sie mir das Feld sehr schön eröffnet: Wie viele Hochspannungsmaste haben wir eigentlich in Berlin? – Diese Frage kann ich nur mit einem Verfallsdatum beantworten. Wir haben derzeit etwa 120 Maste in Berlin. Es werden aber monatlich weniger, nicht täglich weniger, ein bisschen Zeit braucht man schon. Wir werden in absehbarer Zeit – das ist für einen

Netzbetreiber etwas in der Richtung 10 bis 15 Jahre – alle Freileitungssysteme unter die Erde gebracht, also verkabelt haben. Trotzdem müssen wir natürlich jetzt die Maste sichern, und das macht so ein bisschen den Unterschied, was man langfristig plant, wie man langfristig Strukturen schafft, die redundant sind, die vor allen Dingen georedundant sind, die unterirdisch und deswegen besser geschützt sind, aber ich brauche Zeit, um dahinzukommen.

In der Zwischenzeit gibt es bei den Masten mehrere Möglichkeiten, die wir alle ausschöpfen. Das eine sind die Endmaste, die nun wirklich sehr stark durch die Presse gegangen sind – und jeder weiß jetzt, was man mit Endmasten machen kann –, die wir in einer 24/7-Bewachung haben. Das heißt, an diesen Endmasten steht, wenn das ein kritischer Endmast ist, ein Mensch – oder mehrere Menschen stehen dort – rund um die Uhr, um diese Bewachung zu organisieren, der dann, wenn er irgendwas beobachtet, sofort die Polizei ruft. Das passiert tatsächlich auch regelmäßig. Es ist nicht so, dass an den Endmasten nichts passiert. Ob dort immer Schlimmes unterwegs ist oder ob dort nichts Schlimmes unterwegs ist, wird sich erst später zeigen, aber dort haben wir diese Bewachung.

Die anderen Maste, die wir in Berlin haben, müssen wir noch mal in Maste, die besonders kritisch sind, weil sie Versorgungsstrukturen dahinter haben, und andere Maste unterteilen. Wir werden aber am Ende des Tages alle Maste mit Sensortechnik – ich sage bewusst Sensortechnik und nicht Videotechnik – ausgestattet haben. So ein Mast fällt nicht einfach um. Wenn man daran herumsägt, gibt es Erschütterungen, gibt es Lautstärke, gibt es Lärm, den man detektieren kann, sodass man dann jemanden zum Verhindern hinschicken kann. Der Mast ist auch nicht innerhalb von Sekunden umgehauen oder abgeschnitten, das dauert schon einige Zeit, sodass man dann mit dieser Methode erreichen kann, diese Maste zu sichern. Aber der wesentliche Teil ist eigentlich: Wir wollen es unter die Erde bringen.

Damit haben wir einen wesentlichen Teil einer nächsten Frage, nämlich: Brauchen wir eine veränderte Investitionsplanung? – Ja, wir hatten in der Stromnetz Berlin GmbH durchaus geplant, viele von diesen Masten unter die Erde zu bringen, viele zusätzliche georedundante Verbindungen aufzubauen. Die Frage, die wir uns aber jetzt gerade beantworten, ist: Wo müssten wir das beschleunigen? Wo sind wir bereits auf einem schnellen Weg und können das so lassen? Wo hatten wir das erst später gedacht und müssen das jetzt beschleunigen, auch angesichts der Bedrohungslage? – Das ist der Punkt, wo ich sagte, wir haben uns alle neuralgischen Punkte angeschaut und sie vor dem Hintergrund der neuen Situation, der neuen Gefährdungssituation neu beurteilt.

Interessanterweise stimmen wir uns dort sogar gerade mit der Bundesnetzagentur ab. Die Bundesnetzagentur hat uns als das Unternehmen auserwählt, mit dem man jetzt die Frage beantworten möchte: Wie viel Redundanz soll es denn sein? Wie viel Georedundanz soll es denn sein? – Die Netzagentur ist sich sehr wohl bewusst, dass man, wenn man A sagt, auch B sagen muss. Das heißt, wenn man mehr als n-1 haben will, wird das mehr kosten. Die Netzagentur ist sehr weit davon entfernt zu sagen: Das machen wir jetzt flächendeckend. – Der Netzagentur ist sehr wohl bewusst, dass Georedundanz heute nicht der Standard ist. Wenn man Georedundanz fördert, hat das auch weitere Konsequenzen.

Mit uns zusammen bauen wir gerade eine Art Matrix auf – ich versuche, das sehr vereinfacht darzustellen –, indem wir alle unsere neuralgischen Punkte einteilen: Wo ist die Vulnerabilität besonders klein, besonders groß? Wo ist die Kritikalität besonders klein, besonders groß? –

Kritikalität wäre zum Beispiel, wenn viele Umspannwerke dahinter hängen, viele Kunden; Vulnerabilität wäre, wenn das sehr frei, sehr offen liegt, und wenig vulnerabel wäre, wenn es beispielsweise unterirdisch wäre. Wir bauen so eine Matrix für alle unsere vulnerablen Punkte auf, um dann mit der Bundesnetzagentur zusammen mal zu debattieren: Wo ist eigentlich welche Sicherungsmaßnahme die richtige?

Zur Frage, wie viele neuralgische Punkte wir haben, möchte ich eigentlich dem Ausschuss hier, auch weil er in der Öffentlichkeit ist, nur mit groben Zahlen kommen. Wir haben – auch das kann man sich letztlich im Internet anschauen – eine kleine dreistellige Anzahl von Brücken in Berlin, wo unsere Infrastruktur drunter ist. Wir werden aber nicht diese komplette Anzahl als neuralgische Stellen darlegen, die ist kleiner, und wir haben dort, wo diese Vulnerabilität besonders hoch ist, Bewachung und nicht Bestreifung – also Rund-um-die-Uhr-Bewachung, Herr Vorsitzender – dort aufgebaut, so lange, bis wir eine andere Alternative gefunden haben. Die andere Alternative kann sein, dass wir aus dieser Brücke heraus die Leitung nehmen und woanders hinlegen, ein System woanders hinlegen und damit eine Georedundanz schaffen. Sie kann aber auch sein, dass wir die dort verlegten Kabel mit weiteren technischen Maßnahmen besser schützen, sodass es länger dauert, an sie heranzukommen, sodass wir dann wieder die Reaktionsmöglichkeit haben.

Das führt mich zu der Frage der Kameras: Ja, keine Kamera würde einen Anschlag verhindern, aber durch die Kameras sehen wir, was in unserem Umfeld passiert, und können dann technische Maßnahmen ergreifen, damit es schwerer ist, da heranzukommen. Beispielsweise haben wir durch die Kameras herausgefunden, dass unsere bisherigen Zaunanlagen schlicht nicht ausreichend hoch sind. Wir werden jetzt also höhere Zäune bauen, die auch anders gesichert sind, die auch eine andere Detektion haben, weil wir erkannt haben, dass trotz unserer Zäune Menschen auf unsere Grundstücke kommen. Wenn die Zäune höher sind und dann noch einer drüber kommt, kann man ehrlicherweise davon ausgehen, dass dieser Mensch wirklich Böses im Sinn hat, und man hat mit schnellen Eingreiftruppen, mit Polizei und Ähnlichem, dann die Möglichkeit, hier Gegenmaßnahmen zu machen. Diese Maßnahmen wirken also zusammen, keine von diesen Maßnahmen ist isoliert.

Wenn ich das ganz simpel zusammenfasse: Wir müssen an den neuralgischen Punkten technische Maßnahmen machen, die es zeitlich verzögern, etwas zu tun. In der Zeit der zeitlichen Verzögerung detektiere ich bereits, dass jemand dort unterwegs ist, und habe damit die Zeit gewonnen, mit einer Interventionstruppe, das kann eigenes, anderes Personal oder die Polizei sein, dann dort zu agieren. Das ist im Prinzip der Dreischritt, den wir dort machen müssen.

Die Resilienzmaßnahmen, die wir auf Kundenseite sehen, würde ich gerne an einem sehr plakativen Beispiel motivieren. Als wir im September des letzten Jahres den ersten Brandanschlag erlebt haben, waren sehr viele Kunden überrascht, sie hatten doch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach und einen Speicher im Keller und trotzdem keinen Strom. Woran liegt das? – Die überwiegende Anzahl der heute immer noch verbauten Photovoltaikanlagen und Speichersysteme funktioniert nur dann, wenn das Stromnetz da ist. Technisch ist es kein Problem, dass diese Speicheranlage und die Photovoltaikanlage auch funktionieren könnten, ohne dass das Stromnetz da ist. Dazu muss man ein bisschen tiefer in die Tasche greifen. Ich bin nicht ganz sicher, wie groß der Betrag ist, es ist aber im Vergleich zur gesamten Photovoltaikanlage ein überschaubarer Betrag. Damit habe ich eine Möglichkeit, mich vom Netz zu trennen und trotzdem Strom und Photovoltaik zu haben, obwohl draußen kein Strom da ist.

Heute sind in Berlin nur 5 Prozent aller Anlagen so ausgerüstet. Das würde auch für die Balkonanlagen gelten, die würden auch keinen Strom produzieren, wenn draußen kein Strom da wäre.

Wir haben aber in dieser Krise im Januar gesehen, dass es Kunden gab, die mit ihrem Elektrofahrzeug Strom getankt und nach Hause gebracht haben, vereinzelt. Wir haben auch gesehen, dass Kunden vereinzelt in der Lage waren, ihren Notstrom so anzuschließen, dass ihre Heizung noch funktionierte. Das heißt, es gibt technische Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Es wird jetzt nicht in jedem Haushalt so sein, aber man denke zum Beispiel an Pflegeheime oder größere Einrichtungen, da werden wir jetzt flächendeckend informieren, was möglich ist und welche Möglichkeiten der Kunde aktiv wählen kann. Diese Gemeinschaftsaufgabe Resilienz ist dann eine Möglichkeit, dass wir dort gemeinschaftlich vorgehen können.

Was wird das Ganze kosten? – Wir haben die bisherigen neuralgischen Punkte, wie gesagt, neu bewertet und kommen zu Aussagen, wo wir zusätzliche Georedundanz schaffen, wo wir zusätzliche Sicherungsmaßnahmen schaffen. Es ist in den nächsten fünf Jahren ein mittlerer dreistelliger Millionenbetrag, den wir dafür ausgeben müssen. Ich sage das so vorsichtig, weil wir am Rande dessen sind, was wir von den Dienstleistern, von dem Material und auch den eigenen Kräften überhaupt leisten können. Das heißt, es wird eine Umpriorisierung in Teilen geben müssen. Wir werden also andere Projekte etwas später und dafür diese Resilienzmaßnahmen etwas früher machen, sodass der Gesamtbetrag dessen, was wir mehr an Geld benötigen, nicht der von mir gerade genannte, sondern etwas kleiner ist, deswegen vermag ich ihn noch nicht zu benennen. Wir werden auch mit dem Gesetzgeber – da sind wir mit 50Hertz im gleichen Boot –, mit der Bundesnetzagentur, dann reden müssen, wie viele von diesen zusätzlichen Maßnahmen im regulierten Bereich durch die Regulierung übernommen werden können und damit eine Refinanzierung erfahren.

Die Frage, Herr Vorsitzender, wie jetzt gerade die Sicherung an der fraglichen Kabelbrücke in Lichterfelde ist: Wir haben dort derzeit eine 24-Stunden-und-sieben-Tage-pro-Woche-Bewachung durch mehrere Personen beidseitig der Kabelbrücke, also auf beiden Seiten, auf der Seite des Kraftwerks wie auf der Seite der Kleingartenanlage. Alle Personen, die dort Zugang haben wollen, müssen sich vorher anmelden und mit Lichtbild ausweisen. Wir haben dort diverse Zaunanlagen mit NATO-Draht errichtet, die das gewollte Übersteigen stark verhindern. Wir haben fest installierte Kameras unter der Brücke, über der Brücke und an beiden Seiten der Auflager. Wir haben Kameratürme für die Perimeterüberwachung. Wir haben die Aufschaltung aller Kameras auf eine 24/7-Alarmmeldestelle, und bei einer Alarmierung werden sofort Polizei und der Sicherheitsdienst informiert. Wenn man sich das vorstellt: Das ist für eine dreistellige Anzahl von Brücken in Berlin nicht durchhaltbar, das ist in Deutschland auch an anderen Standorten nicht durchhaltbar.

Wir haben hier eine Situation, die wir jetzt absichern müssen, solange bis eine andere technische Alternative gefunden worden ist, und das ist das, woran die Netzbetreiber arbeiten. Das darf ich nicht nur für Stromnetz Berlin sagen, ich glaube, das darf ich auch im Namen von allen Netzbetreibern sagen. Wir sind sehr aktiv dabei, die technischen Möglichkeiten, die es gibt, auszunutzen, um unsere Anlagen stärker zu sichern als vorher. Das KRITIS-Dachgesetz wird dabei helfen, denn es wird im Rahmen des KRITIS-Dachgesetzes eine Verordnung oder eine technische Anleitung geben, was eine gute fachliche Praxis für ein Schutz ist, und diese gute fachliche Praxis wird dann einzuhalten sein. Ich denke, dass wir in Berlin immer noch einen Tick mehr machen müssen, als das der Standard in Deutschland werden wird, weil wir eine andere Bedrohungslage haben, aber damit haben wir dann eine gute Anlagekante für das, was wir in Zukunft als Schutz- und Resilienzmaßnahmen in Berlin, aber auch in Deutschland machen müssen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Rundfeldt als Nächster.

Johannes Rundfeldt (AG KRITIS): Danke schön! – Dann beziehe ich mich zuerst auf die Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Zum Thema physischer Schutz ist das primäre Regelungsregime das KRITIS-Dachgesetz, Herr Landeck hat es gerade schon erwähnt. Das KRITIS-Dachgesetz ist Bundesgesetz, es ist abgestimmt, es ist in Kraft. Aber die Verordnung, aus der hervorgeht, welche Maßnahmen jetzt genau für die KRITIS-Betreiber zu treffen sind, ist bisher nicht geschaffen, und nach meiner Kenntnis gibt es dazu auch noch kein Datum, wann es diese Verordnung geben könnte. Aus der Verordnung würde dann hervorgehen: Wie hoch muss der Zaun sein? – Im Gesetz steht drin, dass es einen Zaun geben muss, zur Vereinfachung. Weitere Maßnahmen sind auch geplant, aber diese sind an vielen Stellen noch etwas vager.

Kritikwürdig an diesem Gesetz ist die Tatsache, dass insbesondere die politischen und kommunalen, Landes- und Bundesbehörden und -ämter dort so gut wie vollständig nicht abgebildet sind. Das heißt, ihre Krisenstäbe, ihre kommunalen und auf der Landesebene vorhandenen Behörden und Ministerien haben aus dem KRITIS-Dachgesetz heraus folgend bisher keine Pflichten. Sie müssten da bitte mal vor der eigenen Haustür kehren. Der Wirtschaft wurden hohe und teure Auflagen gemacht, wie die Resilienz im Bereich der kritischen Sicherheit zu erhöhen ist. Im KRITIS-Dachgesetz gibt es für Bundes-, Landes- und kommunale Behörden und Ministerien bisher so gut wie keine Vorsehung, bis auf einige wenige Bundesministerien, wo man keinen Grund gefunden hat, das gleich auszuschließen.

N-2 ist natürlich plakativ gemeint. Mir ist völlig bewusst, dass es sehr teuer würde, wenn man das flächendeckend umsetzen würde. Deswegen zur Einordnung noch mal: Die bauliche Einhausung oder das Verlegen von neuralgischen Punkten ins Unterirdische ist günstiger und sinnvoller. Die Frage, die Sie hier im Raum sich jetzt stellen sollten, ist: Wie lange können wir diese 24/7-Bewachung bezahlen, im Vergleich zu den Opportunitätskosten einer Verlegung ins Unterirdische? – Es hilft wenig, wenn wir das Geld, das wir für das Verlegen ins Unterirdische brauchten, jetzt erst mal für die Überwachung ausgeben, und dann irgendwann, wenn uns das Geld ausgegangen ist, überlegen wir, dass wir es unterirdisch verlegen müssten. Da ist also eine politische Priorisierung an der Stelle sinnvoll und nötig.

Zum Thema Balkonsolar wollte ich auch auf die Inselfähigkeit Bezug nehmen. Das hat Herr Landeck bereits gemacht, da habe ich überhaupt nichts zu ergänzen, das ist genau so.

Die Fraktion Die Linke hat nach der Einbindung der Zivilgesellschaft in diese Prozesse gefragt. Tatsächlich ist das die zweite Anhörung, wo wir Stellung nehmen dürfen. Mir sind keine weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft bekannt, die im Kontext der Energieresilienz und der Stromausfälle überhaupt auch nur angefragt wurden. Die erste Anhörung, wo wir eingebunden waren, war so geplant, dass direkt nach der Anhörung die Abstimmung über das Gesetz gelaufen ist. Ich kann das daher nur als Scheineinbindung bezeichnen, weil natürlich gar nicht vorgesehen war, dass von den Anzuhörenden irgendwelche Erkenntnisse noch ins Gesetz einfließen sollten, sonst hätte man das anders terminiert und nicht die Anhörung auf den gleichen Tag gelegt wie die Abstimmung über das Gesetz im Ausschuss. Von daher ist das verbesserungswürdig.

Wir sind auch gerne bereit, staatliche Stellen jedweder Art ehrenamtlich und kostenlos zu beraten. Ich nehme mir gerne frei und verdiene weniger Geld oder investiere Urlaubstage, um der Landes- und Bundesebene zu erklären, was man tun müsste. Das ist unser Ehrenamt. Also gerne! Ich habe genügend Visitenkarten dabei und verteile die nachher gerne frei in der Runde an den, der welche haben möchte.

Zum Thema Übungen möchte ich mich zuallererst bei Frau Jeroncic anschließen, aber auch noch mal darauf hinweisen: Viele Übungen der letzten 20 Jahre gerade im politischen Bereich, wenn nicht die Netzbetreiber untereinander, miteinander üben, sondern wenn die Krisenstäbe des Landes und des Bundes oder der Länder in dem Fall mitarbeiten, wurden oft als Stabsrahmenübung geführt. Stabsrahmenübung heißt – ich überspitze das ein bisschen –: Die politisch Zuständigen kommen in einen Konferenzsaal, ähnlich diesem, sitzen an einem Tisch und diskutieren, was theoretisch passieren müsste. Ein Beispiel dafür ist die LÜKEX, die länderübergreifende Katastrophenübung. Sicherlich sind diese Übungen wichtig, wir müssten sie auch genauso weiterführen, wir dürfen sie auch nicht reduzieren, aber sie sind alleine nicht ausreichend. Wir brauchen darüber hinaus echte Übungen, wo echtes Fachpersonal ins Feld fährt, wo festgestellt wird, welches Material eigentlich zu weit weg lagert oder gar nicht wirklich verfügbar ist, wo man bemerkt, wo in der Logistik, in der Personalbereitstellung der verschiedenen Hilfskräfte Probleme auftreten. Diese Probleme können wir derzeit nicht feststellen, wenn wir die Übungen im Konferenzsaal und theoretisch durchführen. Die haben ihre Berechtigung und sind auch wichtig, aber derzeit sehen wir als AG KRITIS das so, dass das zu selten ins Feld kommt und zu oft in der Theorie bleibt.

Dann merkt man eben nicht, dass – Herr Landeck, Sie werden es mir verzeihen – diese Kabelmuffen, die wir im Januar gebraucht haben, um diese Kabel zu verbinden, furchtbar teuer, furchtbar weit weg und schwer zu kriegen sind. Das wissen Sie als Experte, als Geschäftsführer, das wissen auch Ihre Ingenieure, aber man muss, wenn man resilient sein will, so agieren, dass man solche Materialien zur Wiederinstandsetzung, zur Reparatur nicht nur theoretisch hat, sondern praktisch verfügbar und dezentral in der Fläche verteilt, sodass die Anreisewege sowohl von den Fachkräften als auch dem notwendigen Material möglichst kurz sind. Dadurch kann man die Dauer des Versorgungsausfalls noch mal reduzieren. Aber solche Zusammenhänge merkt man erst, wenn man physisch übt, die Hilfsorganisationen mit einbezieht und die Menschen, die dann vor Ort in der Krise agieren, auch üben lässt. Es gab in Berlin vor ein, zwei Jahren ein, zwei Übungen, die politische Wellen geschlagen haben. Ich denke, es gibt noch einige Lehren, die zu ziehen sind.

Jetzt kommen wir zu den Fragestellungen der SPD. Ich möchte zuerst einmal noch ein paar einordnende Worte zu meiner Person sagen. Ich bin parteilos. Ich bin seit 2009 parteilos, ich bin 2007 verwirrterweise mal kurz in die Piratenpartei eingetreten und dann schnell wieder raus, seitdem bin ich ohne Partei. Ich habe in den letzten 20 Jahren überwiegend FDP, manchmal auch SPD und einmal sogar die Grünen gewählt. – [Zuruf] – Ich weiß nicht, ob das für Sie – – Schön, dass Sie sich darüber lustig machen!

Ich würde dann weiter ergänzen: Warum helfen Kameras nicht? – Das hat nämlich wenig mit dem politischen Hintergrund der Saboteure zu tun, sondern mehr mit dieser Logik aus dem Ansatz: Wenn wir die Täter nur bekämen, dann könnten wir sie wegsperren, und dann würden sie nicht wieder was tun. – Das ist die konservative politische Logik der Sicherheitspolitik, die an der Stelle hier von zwei Fraktionen in ihren Anträgen verbreitet wird. Das ist allerdings nicht hilfreich oder dienlich für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Frau Felor Badenberg, unsere Senatorin für Justiz, hat selbst gesagt, dass sie davon ausgeht, dass in Berlin etwa 600 linksextreme Menschen leben, denen man so einen Anschlag zutrauen könnte. Wenn ich also diese konservative CDU-Sicht auf das Thema hernehme und sage: Gut, dann warten wir jetzt, bis was passiert, dann können die Kameras an den Umspannwerken vielleicht zu Ermittlungshinweisen führen, schon wenige Monate später wird man in der Lage sein, die Täter oder die vermeintlichen Täter effektiv festzunehmen, dann werden die über viele Jahre im Knast sitzen –, dann haben wir immer noch 598 potenzielle linksextreme Täter, denen man vergleichbare Taten zuschreiben könnte.

Damit ist die Eintrittswahrscheinlichkeit für ein Ereignis gleicher Art nicht signifikant gesenkt, und damit ist die Frage der Verhältnismäßigkeit eine, die man in diesem Raum diskutieren muss. Deswegen finde ich es auch äußerst unglücklich, vor einer rechtskräftigen Verurteilung von Personen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einmal angeklagt sind, von deren politischer Gesinnung zu sprechen, wenn es darum geht, dass wir das Stromnetz für uns Bürger hier in Berlin so gestalten müssen, dass aus Störungen, die wir nicht verhindern können und die durch Saboteure passieren werden – – Links und rechts, es ist völlig egal, woher die kommen, denn die Störung wird weiterhin passieren, die können wir nicht verhindern. Was wir aber tun können, ist: Wir können das Netz so bauen, dass es sehr unwahrscheinlich wird, dass aus einer einzelnen Störung ein Versorgungsausfall wird. Aber diese losgelöste technische Zieldebatte kann man nur führen, wenn man sich von den politischen Gesinnungen der mutmaßlichen Saboteure löst. Deswegen habe ich das vorhin so formuliert, wie Sie es, Herr Vorsitzender, kritisiert haben, vielleicht verstehen Sie meine Argumentation und Logik dahinter jetzt ein bisschen besser.

Sie haben weiterhin meine Kollegen hier in dieser Reihe zum Thema der Fahrlässigkeit befragt. Fahrlässig ist es, wenn man beide Kabel einer redundanten Netzaufbaustruktur über dieselbe Kabelbrücke legt. Das ist fahrlässig. Fahrlässig ist es auch, wenn man diese Kabelbrücke nicht unterirdisch verbaut, sondern oberirdisch. Das können wir lösen. Diese neuralgischen Punkte sind bekannt. Das Matrixkonzept, das Herr Landeck beschrieben hat, ist richtig, und so muss es umgesetzt werden, auch wenn wir natürlich immer auf der Seite stehen werden: Verbuddeln und einhausen, und das sofort. – Denn nur das schützt effektiv gegen Drohnenvorfälle. Die von Frau Jeroncic und Herrn Landeck skizzierten Szenarien, dass es mehr als ein paar Sekunden dauert, wenn menschliche Saboteure und Attentäter solche Beschädigungen und Anschläge vornehmen, sind richtig, aber die fallen genau dann weg, wenn es um Drohnenvorfälle geht. Dann sind wir bei einzelnen Sekunden, und dann können auch kein

Zaun, keine Kamera und keine Bewachung noch irgendetwas bringen. Das Einzige, was dann etwas bringt, sind die Einhausung und das Verbuddeln dieser Anlagen.

Das Erhöhen der Zäune, hoffentlich demnächst auf Basis einer passenden Verordnung aus dem KRITIS-Dachgesetz, und die daraus folgenden Interventionsmöglichkeiten helfen wieder auch nur bei menschlichen Attentätern. Aber seit dem Zwischenfall im Januar gab es in Berlin mindestens drei weitere, deutlich kürzere und deutlich lokalere Stromausfälle, wo jeweils nur wenige Tausend Haushalte betroffen waren, die jeweils nur für ein, zwei Stunden einen Stromausfall hatten, und diese Vorfälle waren wetter- und baggerverursacht. Da helfen keine Zäune und auch keine Kameras. Wir müssen uns diese Vorfälle genau anschauen und die Netzstrukturen so bauen, dass aus der einzelnen Störung, die wir nicht verhindern können, nicht der Versorgungsausfall folgt, den wir verhindern können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann haben wir zum Abschluss Herrn Werner.

Chris Werner (Berliner Stadtwerke GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe mir drei Fragenkomplexe notiert. Der erste betrifft die autarke Versorgung mit Photovoltaik und Speichern. Es wurde jetzt von Erik Landeck richtigerweise schon erläutert, dass die vielen PV-Anlagen, die wir im Land Berlin verteilt haben, sowohl in den privaten Haushalten als auch auf den öffentlichen Dächern, in dem derzeitigen Zustand noch über keine Notstrom- und Netzersatzfähigkeit verfügen. Aber genau das ist etwas, womit wir uns jetzt beschäftigen, das im Zweifelsfall nachzurüsten oder bei neuen Anlagen direkt vorzusehen.

Wie kann das aussehen? – Wir als Berliner Stadtwerke haben in den letzten Jahren schon über 700 PV-Anlagen im Land Berlin zugebaut, das sind über 50 Megawatt, die auf den Dächern liegen. Hier können wir Lithiumbatteriespeicher nachrüsten. Man muss natürlich die Frage klären, wo die dann platziert werden, das ist dann wiederum eine Frage von Brandschutz und dergleichen, aber es ist möglich, diese nachzurüsten, das ist eine Frage von im Zweifelsfall Wochen bis wenigen Monaten, so etwas zu organisieren, also keine sehr langfristige Frage, mit denen dann so was wie – ich nenne es mal – Katastrophenschutzleuchttürme hergestellt werden können. Dazu sind wir im Austausch auch mit einzelnen Bezirken, die dazu bereits nachgefragt haben, und arbeiten derzeit auch noch an einem konkreten Konzept, welches wir dann vorlegen wollen, um das mit mehreren Hundert Anlagen in die Fläche zu bringen.

Wir reden, um das mal zu fassen – Erik Landeck hat vorhin gesagt, er kann die Kosten nicht einschätzen, ich habe die Zahl gerade noch mal nachgeschlagen –, ungefähr von 10 000 Euro für eine kleine Anlage, alles bis 10, 20, 50 Kilowatt, das sind typischerweise KITAS oder kleine Bürogebäude, kleine Standorte, bis hin zu größeren PV-Anlagen, wo wir dann mehrere Hundert Kilowatt auf den Dächern haben. Da reden wir über einen niedrigen sechsstelligen Betrag, den so eine Nachrüstung kostet, mit dem Vorteil, dass, sobald die Sonne scheint und die PV-Anlage zur Verfügung steht, die Speicher aufgeladen werden, und damit sowieso schon eine Art Optimierung und Entlastung des Netzes ermöglicht werden kann, als auch eine Netzersatzfähigkeit hergestellt werden kann, und das dann auch im Zweifelsfall für mehrere Stunden. Es ist dann eine Frage: Wie sehr dimensioniere ich den Batteriespeicher? – Mit einer ganz typischen Dimensionierung kann ich in jedem Fall sechs bis zehn Stunden sicherstellen oder mit einem größeren Speicher auch mehr, aber das ist eine typische Zeit, an der man sich orientieren würde.

Es gab die Frage zu den Rahmenbedingungen ganz konkret auf der Bundesebene, auf die ich verwiesen hatte, was den Ausbau der Erneuerbaren und damit auch den Ausbau der dezentralen Erzeugung angeht. Hier gibt es verschiedene Diskussionen, die in den letzten Monaten über die Abschaffung von Vergütungen geführt wurden. Ich möchte gar nicht weiter darauf eingehen, aber vor allem auf den Punkt des Netzpaketes, und der ist schon relevant. Da gibt es den Redispatchvorbehalt, Frau Jeroncic hatte es vorhin erläutert. Redispatch kommt vor, ja, das liegt daran, dass Netze nicht schnell genug ausgebaut werden, nicht ausgebaut werden konnten, und deswegen braucht es natürlich einen deutlich schnelleren Netzausbau. Frau Jeroncic hat aber auch erläutert, dass der Redispatch zurückgeht, und deswegen ist es für uns auch kritisch, wenn es hier, wie in diesem Netzpaket von der Bundesregierung vorgesehen, einen Redispatchvorbehalt geben soll. Das heißt, dass mögliche Abregelungen, die noch nicht vorhersehbar sind, für Erneuerbare-Anlagen künftig nicht mehr entschädigt werden. Dann ist natürlich eine Investitionssicherheit nicht mehr in dem Maße gegeben, dass irgendjemand beziehungsweise wir als Landesunternehmen investieren würde, was große Anlagen angeht.

In der Folge würde der Ausbau von erneuerbaren Energien in einigen Regionen tatsächlich zum Erliegen kommen. In der Folge wiederum würden wir alte, bestehende Abhängigkeiten manifestieren. Wir haben es jetzt in den letzten Wochen gesehen: Gaspreise sind um 80 Prozent nach oben gegangen, Strompreise sind plus 30 Prozent nach oben gegangen. Es ist nicht die Frage, ob eine solche geopolitische Situation, die uns dann auch darüber betrifft, wieder entsteht, sondern nur, wann sie vielleicht wieder entsteht. Genau deswegen brauchen wir hier den weiteren Ausbau.

Die letzte Frage bezog sich darauf, wie die dezentrale Erzeugung ganz konkret wirkt. Ich möchte ganz kurz zurück in die Vergangenheit – muss man inzwischen fast sagen – schauen: Die Versorgung im Strombereich war in der Vergangenheit so, dass es zentrale Kraftwerke mit wenigen zentralen Leitungen gibt, die dann zu den Verbrauchszentren gehen. Ich habe also wenige Punkte, die angreifbar sind. Ich kann ein zentrales großes Gas-, Kohle- oder anderes Kraftwerk lahmlegen und habe dann wirklich schon einen großen Teil der Versorgung, der dann damit nicht mehr bereitsteht. Genauso kann ich zentrale große Leitungswege, große Höchstspannungsleitungen lahmlegen und dann damit einige Regionen gänzlich von der Versorgung abschneiden. Genau hier wirkt die dezentrale Erzeugung, weil sie nicht mehr ganz zentral stattfindet, sondern, wie der Name schon sagt, auf viele Hundert Kraftwerke über ganze Regionen, Städte bei uns hier im Land Berlin verteilt wirkt. Ich kann viele PV-Anlagen, viele Windkraftanlagen zeitgleich deutlich schlechter angreifen, als wenn ich das an einem zentralen großen Kraftwerk machen würde, mit dem zweiten Vorteil, dass ich in der dezentralen Erzeugung oft den Strom genau am Ort des Verbrauchers erzeuge, also diese zentralen Netzleitungen in dem Fall vielleicht gar nicht brauche. Insofern wirkt hier die dezentrale Erzeugung doppelt.

Wir hatten den Punkt hier ein paar Mal angesprochen: Georedundanz. Dezentrale Erzeugung ist quasi eine Art natürliche Georedundanz, weil ich mit vielen verschiedenen Standorten, in dem Fall Erzeugungsanlagen wie PV oder Wind, auf große Leitungen, die irgendwohin geführt werden müssen, verzichten kann. – So weit, glaube ich, waren das die drei Fragenkomplexe.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann habe ich jetzt zwei weitere Wortmeldungen. – Erst mal der Kollege Schaal, bitte!

Lucas Schaal (CDU): Sehr geehrter Herr Rundfeldt! Sie sind ja hier als Anzuhörender zu einem wirtschafts- und energiepolitischen Thema geladen. Ich darf Ihnen natürlich nicht vorschreiben, was Sie dazu sagen, aber woher Sie eine innen- und sicherheitspolitische und justizpolitische Expertise nehmen, hier die Sicherheitspolitik der Union, meiner Partei, meiner Fraktion, als Gesamtes bewerten und einordnen zu wollen, entzieht sich meiner Kenntnis, und das entzieht sich auch des Themas der Anhörung. Die Ausführungen, die Sie hier gemacht haben, wir würden gewissermaßen einfach alle Täter wegsperren und dann die Infrastruktur so offen liegenlassen, quasi ohne sie zu schützen, sind in der Sache falsch, die stehen Ihnen nicht zu, und das ist in keinsten Weise die innen- und rechtspolitische Auffassung der CDU-Fraktion. Ich möchte das aufs Schärfste zurückweisen, das, was Sie hier gesagt haben. Das steht Ihnen nicht zu, und es ist falsch. Wenn Sie das für sich so formulieren wollen, können Sie das formulieren, aber ich weise es zurück.

Sie haben natürlich recht, dass wir die Infrastruktur schützen wollen. Wir haben in keiner Weise das Bild im Kopf, hier alle Täter – – Wir teilen die Leute nicht in Täter und Nichttäter ein und wollen jetzt einfach nur alle Täter von der Straße wegholen, sondern uns geht es darum, die Infrastruktur zu schützen, mit verschiedensten Maßnahmen, die wir hier auch diskutiert haben, und verschiedensten Punkten, die richtig angeklungen sind. Aber diese politische Einordnung, die Sie hier vorgenommen haben, kann ich für meine Fraktion so nicht stehenlassen und weise sie zurück.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann haben wir den Kollegen Hansel.

Frank-Christian Hansel (AfD): Ich würde noch mal auf das Thema Redispatch zurückkommen, auf das, was Sie, Frau Jeronic, und auch Kollege Werner am Schluss gesagt haben. Soweit ich das verfolge, gab es 2024 etwa 30,3 Terrawattstunden Maßnahmenvolumen mit Kosten um die 3 Milliarden Euro und 2025 gab es 30,319 Terrawattstunden Maßnahmenvolumen mit 3,07 Milliarden Euro. Das ist also relativ konstant, und es ist natürlich viel. Insofern würde ich einfach fragen, ob Sie diesem Satz zustimmen könnten: Die Energiewende hat das deutsche Stromsystem nicht robuster, sondern eingriffsabhängiger gemacht, mehr Redispatch, mehr Reserveeinsätze, mehr Netzengpässe, mehr Kosten. Jetzt kommt das sehr Versöhnliche: Die Versorgung hält bislang, aber eben um den Preis eines immer größeren technischen und finanziellen Stabilisierungsaufwandes. Trifft das in etwa das, was Sie auch gesagt haben?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann habe ich eine Wortmeldung des Kollegen Bertram.

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die Antworten! Ich habe eine Frage an die Senatsverwaltung und würde gerne noch mal das Thema Finanzierung aufgreifen. Herr Staatssekretär, Sie haben recht, Sie haben die Zahlen genannt, aber es waren die Zahlen, die auch im Haushaltsbeschluss unter anderem zu finden sind. Jetzt ist die Frage: Sie haben die Senatsbefassung im Mai angesprochen, und Herr Dr. Landeck hatte die Frage auch aufgemacht: Das gesamte Finanzvolumen wird nicht in dem Maße so steigen, weil die Kapazitäten das auch begrenzen, und trotzdem wird es einen Mehrbedarf geben, und es werden sich Dinge verschieben. – Meine Frage an Sie, aber vielleicht auch an Herrn Dr. Landeck wäre: Zu welchem Zeitpunkt kann sich das Haus mit diesen Verschiebungen, mit der Neupriorisierung und den eventuellen Mehrbedarfen, die sich daraus

ergeben, dann beschäftigen? Wird das Teil der Senatsvorlage, oder wird das irgendwann später kommen, weil die Prozesse noch ein bisschen länger dauern, zur Abstimmung im Hinblick auch darauf, wie Sie zum Teil refinanzieren können? – Es wäre für uns einfach ganz gut zu erfahren, wann wir uns mit dem Thema hier befassen können. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: So, danke! – Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann hatte Herr Hansel die Frage an Frau Jeroncic gestellt, so habe ich das verstanden. – Dann, Frau Jeroncic, können Sie vielleicht die Frage beantworten.

Brigita Jeroncic (50Hertz Transmission GmbH): Das kann ich eindeutig mit Nein beantworten. In der Summe würde ich diesem Satz nicht zustimmen. Wir hatten 2022, wie Sie schon gesagt haben, 4,06 Milliarden Euro Redispatchaufkommen für ganz Deutschland, 2025 waren das 3,07 Milliarden Euro. 1 Milliarde Euro weniger in drei Jahren ist für mich nicht wenig und nicht gleichbedeutend.

Das Gleiche haben wir bei den Terrawattstunden. Wir haben im Jahr 2022 35 Terrawattstunden gehabt, für das Jahr 2025 waren es 30, das ist eine signifikante Reduzierung. Dementsprechend kann ich dem nicht so in Gänze zustimmen. – [Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)] – Die Zahlen habe ich jetzt nicht parat, aber vor der Energiewende war das Thema Redispatch auch nicht so.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann ist Herr Staatssekretär Biel von Herrn Bertram gefragt worden. – Bitte!

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Bertram, vielen Dank für die Nachfrage! Grundsätzlich – das brauche ich nicht zu erzählen, ich tue es jetzt trotzdem noch mal – ist natürlich das Haushaltsgesetz die Arbeitsgrundlage, die die Wirtschaftsverwaltung hat, weil der Einzelplan 13 quasi die Quelle unseres Geldes ist. Die angesprochenen Eigenkapitalzuführungen beziehungsweise die Summen, die für die Investitionsplanung vorgesehen sind, habe ich genannt. Aber im operativen Geschäft muss sich natürlich ein Unternehmen immer wieder darauf einstellen, dass es Sondersituationen gibt. In Kooperation oder Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat eines Unternehmens – das ist bei der Stromnetz GmbH nicht anders als woanders – wird es natürlich zu Anpassungen kommen müssen, auch in dieser Frage. Die Vorlage, die ich für den Mai im Senat angedeutet habe, wird sich jetzt nicht explizit mit Änderungen in der Investitionsplanung sozusagen en détail auseinandersetzen, sondern Maßnahmen konkret vorschlagen, und natürlich wird die Stromnetz GmbH darauf in Zukunft reagieren müssen, in den zukünftigen Investitionsplanungen. Ad hoc hat Herr Landeck schon gesagt, was jetzt im Rahmen dieser Investitionsplanung schon längst möglich ist, und das wird auch umgesetzt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann müssten wir jetzt als Nächstes unter Punkt 2 c über den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 19/2859, abstimmen. Wer den Antrag der AfD-Fraktion unterstützt, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt. Die entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zugeleitet.

Dann schlage ich vor, dass wir die Besprechung zu den Punkten 2 a und 2 b entsprechend der Praxis in diesem Ausschuss vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Das wird sicherlich so gesehen. Wir können heute aber auf jeden Fall die Punkte 2 d und 2 e abschließen. Widerspricht jemand diesem Verfahren? – Nein. – Aber Herr Kollege Dr. Taschner hat eine Wortmeldung.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Nein, nur kurz, ich hatte bloß den Eindruck, dass noch eine Frage an Herrn Rundfeldt offen war, die noch nicht beantwortet werden konnte, wenn ich das richtig überblicke. Deswegen wäre es schön, wenn –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Wer hat noch eine Frage gestellt?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): – Herr Rundfeldt vielleicht kurz noch antworten könnte.

Johannes Rundfeldt (AG KRITIS): Die CDU hatte nach meiner Fachkompetenz im Bereich der Innen- und Sicherheitspolitik gefragt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Rundfeldt, bevor Sie das Mikro anmachen, müssen Sie erst mal das Wort von mir erteilt bekommen. Das haben Sie im Augenblick noch nicht. Ich hatte die Ausführungen der CDU-Fraktion als Statement und nicht als Frage gesehen. – Deshalb, Herr Kollege Schaal, sagen Sie das bitte noch mal!

Lucas Schaal (CDU): Herr Rundfeldt, Sie brauchen mir nicht zu erklären, woher Sie diese Kompetenz nehmen wollen, denn um diese Kompetenz geht es nicht, und Sie sind in dieser Kompetenzeigenschaft hier nicht gefragt. Insofern war das auch keine Frage, sondern das war eine Klarstellung, dass ich Ihre Einordnung der Innen- und Sicherheitspolitik meiner Partei, meiner Fraktion, die Sie vorgenommen haben, zurückweise und dass sie falsch ist. Dieses Statement habe ich gemacht, und ich kann mir vorstellen, dass Sie in Zukunft nur noch einen Tag nach Beschlussfassung eines Gesetzes eingeladen werden.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Ich stelle also erst mal fest, es ist keine Frage an Herrn Rundfeldt gestellt worden. – Herr Dr. Taschner, Sie haben sich aber jetzt noch mal gemeldet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Also Entschuldigung, darauf muss ich jetzt schon noch mal reagieren! Wenn man hier als Anzuhörender eingeladen wird, gibt es zwar die Praxis, dass wir das natürlich als Ausschuss gemeinsam machen, aber auch durchaus die Praxis, dass die einzelnen Fraktionen berechtigt sind, Leute zu benennen. Nur in wirklich extremen Ausnahmefällen – Ich glaube, ich kann mich maximal halbwegs an einen Fall erinnern, wo wir mal als Ausschuss gesagt haben, hier wollen wir eine Person gemeinsam nicht haben, es war, glaube ich, eine Benennung von der AfD, aber ich kriege es nicht mehr genau zusammen. Insofern kann ich Herrn Rundfeldt sagen, sollten wir wieder über ein Thema sprechen, zu dem wir Sie gerne wieder einladen würden, dann diesmal auf Ticket der Grünen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut! Dann haben wir, glaube ich, auch zu dem Punkt alle Fragen geklärt. – Das Verfahren ist von mir schon vorgestellt worden, und es wurde dem von Ihnen nicht widersprochen. Die Punkte 2 a und 2 b werden also vertagt, die Punkte 2 d und 2 e werden abgeschlossen, über Punkt 2 c haben wir abgestimmt.

Dann darf ich mich bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie heute hier waren und uns zur Verfügung gestanden haben. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Feierabend oder gute weitere Termine. Vielen Dank!

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2246
**Keine dubiosen Wärmecontracting-Modelle in
Berlin**

[0236](#)
WiEnBe(f)
Haupt
StadtWohn

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Gigabitstrategie – 5G und Glasfaserausbau
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0231](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.12.2025

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.